

# Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Erste Ausgabe Sonnabends.

Abonnementspreis 1,00 Mark pro Quartal exkl. Postgebühren. Bestellungen nehmen an alle Postämter, sowie die Expedition, Berlin S. 59, Kottbuserdamm 23 I.

Inserate  
pro vierstellige Zeile 30 Pf.,  
Stellungsanzeige 20 Pf.; für Verbandsmitglieder 20 Pf., Versammlungsanzeigen z. 10 Pf. Privatanzeigen ist der Betrag beizufügen.

Nr. 36.

Berlin, den 4. September 1909.

25. Jahrgang.

## Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Zum Revisor der Verbandskasse ist von der Zahlstelle Berlin der Kollege Alfred Hanke an Stelle des aus dem Verbandsausgeschiedenen Kollegen Richard Schneider gewählt worden.

2. Wir sehen uns veranlaßt, die Mitglieder auf nachstehende Bestimmungen betr. den Bezug von Krankenunterstützung hinzuweisen und im Falle der Erkrankung um strenge Befolgung derselben zu ersuchen:

1. Arbeitsunfähig erkrankte männliche Mitglieder haben Anspruch auf Krankenunterstützung vom achten Tage der Meldung der nachweislich vorhandenen Krankheit an, sofern sie mindestens 52 Beiträge nach dem 1. Oktober 1907 geleistet haben. Desgleichen die weiblichen Mitglieder, sofern sie, vom Tage des Eintritts in den Verband an gerechnet, mindestens 52 Beiträge geleistet haben.

Für die ersten sieben Tage der gemeldeten Krankheit wird also eine Unterstützung nicht gezahlt.

Die Höhe und die Dauer der Unterstützung richtet sich nach der Zahl und Klasse der geleisteten Beiträge.

2. Bei der Meldung der Krankheit ist das Mitgliedsbuch abzugeben. Dasselbe bleibt so lange in Verwahrung der Zahlstelle, bis Gesundheitsmeldung erfolgt oder der Höchstbeitrag der zustehenden Unterstützung erreicht ist.

3. Die Auszahlung erfolgt in der Regel wöchentlich und ist bei jedesmaligem Abheben der Krankenunterstützung über die Fortdauer der Krankheit eine ärztliche Bescheinigung oder eine solche der zuständigen Krankenkasse beizubringen. Für viertel und halbe Tage darf Unterstützung nicht gezahlt werden.

4. Mitglieder, die sich in einer Heilanstalt oder im Krankenhaus befinden oder sonstige aus nachweislich dringenden Gründen verhindert sind, können die Unterstützungen auch in größeren Zwischenräumen beziehen, sofern sie einen Nachweis hierüber beibringen. Die Meldung der Krankheit muß jedoch erfolgt sein. Es kann also an ein Mitglied, das im Krankenhaus oder in einer Heilanstalt war, ohne dieses unter Abgabe seines Mitgliedsbuches gemeldet zu haben, die Unterstützung nachträglich nicht bezahlt werden.

5. Wöchnerinnen gelten als krank im Sinne des Statuts. Die Unterstützung tritt aber erst mit dem achten Tage nach der Meldung der erfolgten Entbindung in Kraft und endet spätestens nach sechs Wochen vom Tage der Entbindung an gerechnet in all denjenigen Fällen, wo nicht der Nachweis erbracht ist, daß eine Krankheit vorliegt, die weitere Arbeitsunfähigkeit im Gefolge hat.

Schwangerschaftsbeschwerden gelten nicht als Krankheit. Es kann also an weibliche Mitglieder, die infolge Schwangerschaft die Arbeit aufgeben müssen, eine Unterstützung nicht bezahlt werden.

Die örtlichen Funktionäre ersuchen wir sehr dringend, die im Handbuch auf Seite 129—131 gegebenen Vorschriften sorg-

fältig zu beachten und danach zu verfahren. Für die Auszahlung der Krankenunterstützung an männliche Mitglieder sind die braunen und für die Auszahlung an weibliche sind die blauen Formulare zu benutzen. Auch der Name der Krankheit muß im Interesse einer sorgfältigen Statistik stets angegeben werden.

3. Die Mitglieder, die Invalidenbeiträge steuern und noch im Besitz einer Beitragskarte Nr. 1 sind, machen wir auf die auf der Rückseite der Beitragskarten enthaltene Bestimmung Ziffer 3 aufmerksam. Nach derselben werden Beitragskarten ungültig, die nicht nach Verlauf von zwei Jahren, vom Tage der Gültigkeit der Karte an gerechnet, umgetauscht werden. Die in solche Karten geklebten Marken werden wertlos.

Der Verbandsvorstand.

## Die verkehrte Politik der Unternehmer.

K. Nachdem der Traum der Industriellen, mittels einer gefälschten Sozialreform der Sozialdemokratie den Wind aus den Segeln zu nehmen, gescheitert ist, sind die Scharfmacher unter den Unternehmern eifriger denn je bemüht, den Fortschritt der sozialen Gesetzgebung zu hemmen und Schwierigkeiten zu bereiten auch dort, wo längst alle Unklarheit beseitigt erscheint. Sie begnügen sich aber nicht damit, die sozialpolitischen Gesetze zu verschlechtern und ihre Durchführung zu vereiteln, sondern trachten die ganze Sozialpolitik in ihren Dienst zu stellen, ja noch mehr: ihr heißestes Bestreben geht dahin, den Urquell, aus dem die soziale Gesetzgebung den mächtigsten Antrieb erhält: die Gewerkschaftsbewegung durch die Vernichtung des Koalitionsrechts zu verschütten.

Dieft man die Fachblätter für Scharfmacherei, dann kann man tagtäglich Denunziationen der Arbeiterforderungen begegnen, die angeblich auf den Standpunkt hinauslaufen: höheren Lohn, geringere Arbeitszeit und so rasch wie möglich eine Rente für den Arbeiter. So oder ähnlich lauten die Urteile über das, was die Arbeiterchaft am tiefsten berührt und am leidenschaftlichsten bewegt. Draufschrei kann man allerdings seine sozialpolitische Farbenblindheit nicht offenbaren, als dies in jenen Worten geschieht, draufschrei auch nicht den tiefen Massen Gegensatz ausdrücken, der zwischen Kapital und Arbeit besteht. Denn das muß man den Unternehmern lassen: sie sind sich des Interessengegensatzes zu den Arbeitern viel besser bewußt, als diese des Interessengegensatzes zu den Unternehmern und wenn sie auch das Gegenteil versichern: daß die Interessen der Unternehmer und Arbeiter miteinander harmonisieren, so handeln sie doch jederzeit derart, daß nur ein Taubstummer die Disharmonie überhören kann.

Dieselben Leute, die in der Zeit der Hochkonjunktur über Mangel an Arbeitskräften klagen, die sich — wenn die Sache nur Aussichten hätte — gern dafür einsetzen würden, daß die geschliche Arbeitszeit täglich um eine Stunde verlängert werde; ebendieselben Menschenfreunde werfen „ihre“ Arbeiter in der Zeit der Wirtschaftskrise unbarmherzig aufs Pflaster oder fügen ihnen wenigstens den Verdienst durch Halbtagarbeit und Vergleichen, wenn sie nicht gar den Lohn selbst herabsetzen. Sie sind dagegen, daß die Arbeiter sich durch ihre Gewerkschaften gegen

Arbeitslosigkeit schützen; sie selber tun aber nichts dafür, das heißt sie sorgen zwar für die Arbeitslosigkeit, nicht aber für die Beschäftigung oder Versicherung der Arbeitslosen. Die Organisation der Arbeitsvermittlung durch die Arbeiter ist ihnen gleichfalls in tiefer Seele zuwider, sie wollen den Arbeitsmarkt entweder gar nicht organisiert haben oder ihn selber beherrschen. Und wenn sie schon zu Konzessionen an die Arbeiter sich entschließen müssen, dann natürlich nur zu Scheinkonzessionen, zu Schwindelkonzessionen, zu welchem Zwecke sie sich gern indifferenter, das heißt charakterloser „Nuch“-arbeiter oder christlichsozialer Zubasse oder gelber Manclucken bedienen.

Gern möchten sie den Arbeitern einreden, daß sie um so mehr verdienen, je länger sie arbeiten, und so oft es nur angeht, versuchen sie „ihre“ Arbeiter zu Ueberstunden, ja oft sogar zu direkten Uebertretungen des gesetzlichen Maximalarbeitstages zu verleiten. Nach ihrer naiv-egoistischen Anschauung haben die Arbeiter die verdamnte Pflicht und Schuldbigkeit, für den Unternehmer, der ihnen die „Arbeit“ gibt und also ihr „Brother“ ist, möglichst viel zu produzieren. Denn je größer die Arbeitsleistung — und da haben sie freilich nicht unrecht! — desto größer ihr Profit, je größer der letztere, desto mehr könne der Unternehmer wieder ausgeben und damit zahlreichen anderen Arbeitern Beschäftigung und Verdienst schaffen. Das ist freilich eine für die Herren recht vorteilhafte Theorie und die Unternehmer verstehen es ja auch, sie in die Praxis zu übertragen. Aber diese Praxis ist es eben, die den Arbeiter über die Gefährlichkeit jener Theorie belehrt. Der Arbeiter sieht und begreift, daß nicht dadurch das „Geld unter die Leute“ kommt, wenn es ein er, und zwar der Kapitalist einsteckt, sondern wenn es die Leute, d. h. die Arbeiter selber gleich erhalten. Die Arbeiter sind selbstverständlich auch dafür, daß möglichst viel produziert und möglichst viel verdient werde; sie sind aber ebenso selbstverständlich entschieden dagegen, daß dieser Verdienst bloß nach dem höchst einseitigen Maßstab der Unternehmer verteilt werde. Am ehesten und leichtesten kommt das „Geld unter die Leute“, wenn die Arbeiter es verausgaben. Haben die Arbeiter, die die große Masse der konsumierenden Bevölkerung ausmachen, das Geld, dann hat es die ganze Welt. Das kann man aber nicht sagen, wenn der Kapitalist den größten Teil des Arbeitsertrages einsackt und in seine Kasse versperzt, die er dann mit eiserner Stirn verleugnet. Und der Kapitalist ist gar nicht bescheiden, wenn er den Arbeitsertrag teilt — denn er ist es, der dieses Amt, das er als sein heiliges Privilegium betrachtet, in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung versteht — wenn er nach Abzug der Steuern, Gebühren und Zuschläge, nach Vornahme reichlicher Abschreibungen und Stärkung der verschiedenen Geschäftskonten sowie des Betriebskapitals selbst daran geht, seinen Profit einzuharfen. Er begnügt sich da nicht mit einem entsprechenden Lohne oder einer angemessenen Entschädigung für seine Mühehaltung — oft tut er übrigens gar nichts in seinem Geschäft, weder kommerziell noch sonstwie — sondern er streicht auch noch Dividenden, Zantimen und anders betitelte Geldsummen ein. Denn — natürlich — sein Kapital muß er doch „ordentlich“ verzinsen!

Und es ist charakteristisch: Wenn der Unternehmer die Bilanz aufstellt und seinen Gewinn

berechnet, dann — ist der Arbeitslohn schon verteilt und verednet. Ja, noch mehr: Bevor der Unternehmer sein Gewinn- und Verlustkonto abschließt, hat er schon längst den Arbeitslohn in Rechnung gestellt. Die Löhne der Arbeiter werden nämlich als Produktionskosten kalkuliert. So wie Schmieröl, Kohle, Fracht und Rohstoffe, ebenso wird die menschliche Arbeitskraft eingeschätzt, wenn schon nicht ihrem materiellen Werte nach, so doch buchmäßig und kommerziell. . . Der Arbeitsertrag, das ist für den Unternehmer lediglich der Profit, und zwar der Profit, den er selbst sich nimmt. Der Lohn des Arbeiters gehört nach Ansicht des Unternehmers nicht zum Arbeitsertrag. Die menschliche Arbeitskraft bedeutet ihm nicht mehr als irgendeine andere Kraft. So kommt es, daß der Unternehmer von einer Verteuerung der Produktionskosten spricht, wenn er den Lohn erhöhen soll und sein größtes Augenmerk hat er darauf gerichtet, zu verhindern, daß dieser Kosten des Produktionskontos zu rasch anwache. Er murr, wenn der Staat ihm mehr Steuern auferlegt; er knurrt, wenn Land oder Gemeinde die Zuschläge erhöhen; er brummt über die Verteuerung der Rohstoffe und Frachten und ist natürlich sehr entrüstet, wenn ihm etwas mehr sozialpolitische Pflichten zugemutet werden; aber er tobt und rast, wenn die Arbeiter Verbesserung der Arbeitszeit oder Aufbesserung des Lohnes verlangen. Die Begehrlichkeit der Agrarier, die „feinen“ Arbeitern das Brot verteuern; die Unerschämtheit der Zwischenhändler, die „feine“ Arbeiter um die letzten Groschen erleichtern; die Habgier der Hausbesitzer, die „feinen“ Arbeitern für teures Geld ein miserables Loch als „Wohnung“ anhängen; all die Wucherer, die „feine“ Arbeiter ausplündern und schröpfen bis zum Weißbluten — sie alle lassen ihn, den Unternehmer kalt. Denn er fühlt sich mit jenen Wucherern nahverwandt und solidarisch; wer ist also so dumm, zu glauben, daß eine Straße der anderen die Augen aushacken wird? Aber auf den Arbeiter, besonders auf den eigenen, kann man unbedenklich losdreschen; das ist nicht bloß bequem, sondern sogar altes Kapitalistenrecht und „patriotisch“.

Da erwächst denn den Gewerkschaften eine große Arbeit: sie müssen die Unternehmer wirtschaftlich erziehen und ihnen den ökonomisch ebenso richtigen wie wichtigen Gedanken beibringen, daß die Arbeitslöhne nicht zu den Produktionskosten, sondern zum Arbeitsertrag gehören und daß die Lage einer Industrie nicht von der Höhe der Arbeitslöhne, sondern von den Preisen der Endfabrikate, das heißt von der jeweiligen Konjunktur und der allgemeinen wirtschaftlichen Situation sowie von dem billigen Einkauf der Rohmaterialien, der Hilfsstoffe, der Bahnfracht usw. abhängt. Unsere Kleinmeister freilich und auch die großen Unternehmer wollen nicht das Wort haben und kümmern sich gerade darum weniger als sie sollten. Weder tragen sie durch eine kluge Wirtschaftspolitik zur Besserung der Verhältnisse im allgemeinen bei, noch sorgen sie sonst für die Erhöhung der Produktivität und Rentabilität, noch treten sie den eigentlichen Feinden des Gewerbes und der Industrie, den Agrariern und Zünftlern, mit der erforderlichen Energie entgegen, vielmehr bemühen sie sich, die Produktionskosten gerade dort zu mindern, wo sie es im allgemeinen Interesse am wenigsten tun sollten: beim Arbeitslohn. Das Gewerbe blüht und prosperiert, wenn sie, die Herren und Besitzer der Arbeitsmittel, großen Profit heraus schlagen. . .

Wie lange wird diese Anschauung noch Geltung haben? Wie lange wird es noch dauern, bis man allgemein erkennen wird, daß diejenige Industrie am besten gedeiht, die die höchsten Löhne zahlt? In der österreichischen Papierbranche scheint ein Unternehmer schon darauf gekommen zu sein, wenigstens gesteht er es offen ein, daß die Rentabilität einer Papierfabrik nicht so sehr von den großen Wasserkräften, billigem Holz, billigen Arbeitslöhnen usw., als vielmehr von der billigen Frachtgelegenheit, der Verminderung der Manipulations- und ähnlicher Kosten bestimmt wird. „Gerade die Arbeitslöhne“, heißt es in einem industriellen Fachblatt, „geben zu gewaltigen Täuschungen Veranlassung, und man könnte fast mit voller Berechtigung das Paradoxon aufstellen, daß zu der Höhe der einzelnen Arbeitslöhne die Summe der Lohnkontos in

einem verkehrten Verhältnis steht, und zwar aus folgenden Gründen: Je höher nämlich die ortsüblichen Arbeitslöhne sind, desto höher sind auch die Forderungen des Arbeitgebers an die physischen und geistigen Kräfte des Arbeitnehmers, wobei der letztere dies in den meisten Fällen als selbstverständlich betrachtet. Wo es sich um sehr hohe Arbeitslöhne handelt, ist der Unternehmer von Haus aus darauf bedacht, solche Maschinen anzuschaffen und dieselben organisch so miteinander zu verbinden, kurzum, die ganze Sache so anzulegen, daß man den Betrieb mit einem Minimum von Köpfen und Händen aufrechterhalten kann. Intelligente Arbeitskräfte ermöglichen es ferner, daß man aus dem zur Verfügung stehenden Rohstoffe ein möglichst hochwertiges Ganzfabrikat herstellen kann, selbstverständlich wenn auch die technische Einrichtung der Fabrik danach beschaffen ist.“

Mit anderen Worten: die Qualität der Arbeitsleistung ist das entscheidende, und die kann, wenn sie eine gute ist, nicht hoch genug bewertet werden. Darum wird ein vernünftiger moberner Fabrikant die besten Löhne zahlen, wenn er leistungsfähige Arbeiter hat, die intensiv und sparsam arbeiten, so daß nichts vom Rohstoff usw. verloren geht. Statt der Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft wird die Ausnützung der Maschinen, der Rohmaterialien, der Hilfsstoffe und — selbstverständlich — der Arbeitszeit die Hauptsache sein, Ökonomie — aber nicht auf Kosten der Arbeiter! Will der Fabrikant aus seinem Betrieb den größtmöglichen Arbeitseffekt heraus schlagen, dann darf er bei den Löhnen nicht knäuen. Daß eine so selbstverständliche ökonomische Wahrheit erst im Jahre 1909 sich durchringt, ist ein trauriger Beweis für die Begriffstüchtigkeit unserer Unternehmer, die allen Witz aufwenden, um am unrechten Ort zu sparen und die die größte Energie anwenden, wenn es sich darum handelt, den Arbeitern ein paar Heller streitig zu machen, die aber dort, wo es in die Tausende Kronen geht, feige sich ducken, weil der Fiskus oder sonst ein großer Räuber es ist, gegen den der Kampf aufgenommen werden mußte.

### Unsere Cariftatistik.

Das kaiserliche Statistische Amt veranstaltet seit 1907 Erhebungen über Tarifverträge durch besondere Formulare: „Verbandsnachweisung für das Jahr. . .“, welche alljährlich an die Zentralvorstände der Gewerkschaften und der Unternehmerverbände versandt werden. Durch diese Frage- und Feststellungsbogen werden die bisher bestandenen Tarifverträge summarisch erfaßt und die neuen, im Berichtsjahre abgeschlossenen Verträge nach ihrem Hauptinhalte gezeichnet.

Bisher sind also die Jahre 1907 und 1908 statistisch erfaßt worden. Wir geben nun unten die für unseren Verband in Betracht kommenden Erhebungen wieder, wozu wir allerdings vorweg bemerken müssen, daß die Zahlen auf absolute Genauigkeit keinen Anspruch erheben können. Das liegt in der Schwierigkeit solcher Erhebungen selbst begründet. Es fehlt vielfach an der notwendigen Verbindung mit den vielen Hunderten in Frage kommenden Betrieben; die Vertrauenspersonen liefern nicht immer den Bestmöglichen, und diese nicht immer dem Verbandsvorstande zuverlässiges Material, ja oftmals überhaupt keins, so daß man zu Schätzungen seine Zuflucht nehmen muß, und außerdem fehlt es manchen Funktionären an der nötigen Übung. Obgleich über den in jeder Beziehung hohen Wert beruflicher statistischer Erhebungen jedes Wort überflüssig sein sollte, scheint bei recht vielen Mitgliedern und leider selbst bei Funktionären in hervorragenden Stellungen eine solche Wertschätzung noch nicht Platz gegriffen zu haben. Mit einem gewissen Widerwillen wird an die Ausführung statistischer Arbeiten herangegangen. Freilich: Statistik ist mühsam, aber lohnend und besonders für unsere agitatorische Arbeit unerlässlich. Das wird immer ein schlechter Agitator und Verwaltungsfunktionär bleiben, der der Berufsstatistik nicht seine volle Aufmerksamkeit zuwendet. Tatsachen beweisen! Allgemeine Lebensarten, mit noch so großer Verborggetragen, werden mit der Zeit eintönig und be-

lehren im Grunde genommen nicht so eindrucksvoll als auf zuverlässiges Zahlenmaterial aufgebaute Schilderungen unserer beruflichen Verhältnisse, Vorkämpfungen, Kämpfe und Erfolge.

Mag nun auch im einzelnen unsere Tarifstatistik nicht immer den Tatsachen in vollkommener Weise entsprechen, so dürften doch im allgemeinen die Resultate stimmen. Was bei diesem Posten zuziel, wird bei jenem zu wenig gerechnet, wodurch ein Ausgleich stattfindet. Die unten folgenden Zahlen stimmen nicht überall mit den an das Statistische Amt gesandten überein, da nachträglich einestheils noch Resultate oder Korrekturen von einigen Zahlstellen einliefen, andernteils das Statistische Amt nur solche Tarifverträge aufführt, die bis inklusive 31. Dezember 1908 in Kraft getreten waren, wir aber auch diejenigen noch mitzählten, welche zwar schon 1908 abgeschlossen waren, jedoch erst vom 1. Januar 1909 ab Geltung erlangten. Wahrscheinlich werden wir uns aber bei späteren Veröffentlichungen der Methode des Statistischen Amtes anschließen; bei dieser ersten Veröffentlichung sahen wir davon ab, um eine Uebersicht zu geben, wieviel Tarife am 1. Januar 1909 bestanden.

Die Resultate unserer statistischen Uebersicht fassen wir hier kurz zusammen: Es bestanden am 1. Januar 1908 63 Tarifverträge für 1433 Betriebe mit 17 841 Personen. Durch Ablauf oder aus sonstigen Gründen erloschen im Jahre 1908 neun Tarife für 172 Betriebe mit 1164 Personen. Es wurden 1908 abgeschlossen 16 Tarife für 227 Betriebe mit 1912 Personen. Unter den abgeschlossenen Tarifen sind: a) erstmalige Abschlüsse 10, b) Erneuerung oder Verlängerung bestehender Tarife 6, c) bei Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung abgeschlossen 14, d) infolge Streik oder Aussperrung abgeschlossen 2 Tarife. Am 1. Januar 1909 bestanden 70 Tarife für 1520 Betriebe mit 18 409 Personen. Die Tarife, die am 1. Januar 1909 bestanden, beziehen sich auf:

Berufsarten	Zahl der Tarife	Zahl der Betriebe	Zahl der Personen
Buchbinder . . . . .	48	1190	12870
Etuisarbeiter . . . . .	4	51	956
Kartonnagenarbeiter . . . . .	9	148	1582
Kontobucharbeiter . . . . .	6	28	2128
Luguspapierarbeiter . . . . .	4	87	480
Diverse Branchen . . . . .	4	66	943
<b>Zusammen . . . . .</b>	<b>70</b>	<b>1520</b>	<b>18409</b>

Die Ergebnisse betreffs der Anteilnahme der Branchen konnten nicht mit unbedingter Zuverlässigkeit festgestellt werden, da eine Grenzlinie zwischen ihnen sich nicht immer ziehen läßt und bei manchem Tarif neben der betreffenden Branche auch Angehörige anderer Branchen beteiligt sind. So z. B. sind die Kontobucharbeiter bei den Buchbinder-Tarifen in Viefelfeld, Hagen und Hamburg ziemlich stark beteiligt.

Am tarifärmsten sind jene Branchen, wo die Organisation am schwächsten vertreten ist: Kartonnagen- und Luguspapierbranche. Uebrigens eine alte Erfahrung, die jüngst auch in einem Unternehmer-Fachblatt, der „Kartonnage“, wie folgt anerkannt wurde: „Die Grundbedingungen für den Abschluß von Tarifverträgen ist zweifellos die beiderseitige Organisation.“ Das mügen sich also die Kartonnager ganz besonders merken und danach handeln. Denn wenn es auch zutreffend ist, was die „Kartonnage“ weiter schrieb: „Inbessn bleiben auch bei kritischer Betrachtung genug Punkte übrig, die den Unternehmern die Einführung von Tarifverträgen vorteilhaft machen. Das gilt für alle Gewerbebezüge, das gilt auch für die Kartonnagenindustrie“ — so werden doch die Kartonnagenarbeiter und -Arbeiterinnen durch Stärkung des Buchbinderverbandes das meiste beizutragen haben, um diese verständige Ansicht bei den Herren Kartonnagenfabrikanten zum Siege zu verhelfen.

Zeigt uns unsere Statistik, daß wir in einer großen Zahl von Orten die tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen durchgeführt haben, so lehrt sie uns aber auch zugleich, daß uns dies für eine nicht unbeträchtliche Reihe von bedeutenden Städten noch nicht gelungen ist. Es bedarf also noch bedeutender Anstrengungen, um überall unsern Verband als mitbestimmenden Kontrahenten durchzusetzen. Freig wäre aber die Annahme, daß dort, wo noch keine tariflichen Abmachungen zustande kamen, unser Verband keinen Einfluß auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen auszuüben vermochte. Im

**Statistik über das Jahr 1908.**

6. Von den Tarifen, die am Jahreschluss 1908 bestanden, bezogen sich auf folgende Berufsarten:

Name des Ortes	1. Es bestanden Tarife am 1. Januar 1908		2. Durch Ablauf oder aus sonstig. Gründen erloschigen sich im Jahre 1908		3. Es sind im Jahre 1908 abgeschlossen		4. Unter den 1908 abgeschlossenen Tarifen sind			5. Es bestanden am 31. Dezember 1908			6. Von den Tarifen, die am Jahreschluss 1908 bestanden, bezogen sich auf folgende Berufsarten:																				
	Zahl der Betriebe	mit Personen	Zahl der Betriebe	mit Personen	Zahl der Betriebe	mit Personen	a) ordentliche Abgänger	b) Kündigung und Verlangung	c) bei Lohnregelungen ohne Kündigungsstellung	d) in Folge Streitigkeiten über Abrechnungen	Zahl der Betriebe	mit Personen	Zahl der Betriebe	mit Personen	Zahl der Betriebe	mit Personen																	
Bayern	1	140	1	12	1	14	1	1	1	1	14	1	1	1	1																		
Wien	1	140	1	12	1	14	1	1	1	1	14	1	1	1	1																		
Frankfurt	1	140	1	12	1	14	1	1	1	1	14	1	1	1	1																		
Berlin	6	208	1	1	1	18	1	1	1	1	18	1	1	1	1																		
München	188	4082	1	1	2	218	1	1	1	188	18	1	1	1	1																		
Stuttgart	1	146	1	1	1	1	1	1	1	1	186	1	1	1	1																		
Leipzig	1	146	1	1	1	1	1	1	1	1	186	1	1	1	1																		
Dresden	1	146	1	1	1	1	1	1	1	1	186	1	1	1	1																		
Hamburg	2	212	1	1	1	45	1	1	1	1	90	1	1	1	1																		
Köln	1	890	1	1	1	1	1	1	1	1	71	1	1	1	1																		
Frankfurt	2	71	1	1	1	6	1	1	1	1	85	1	1	1	1																		
Wien	1	82	1	1	1	1	1	1	1	1	28	1	1	1	1																		
Stuttgart	1	23	1	1	1	1	1	1	1	1	150	1	1	1	1																		
München	42	150	1	1	1	1	1	1	1	1	9	1	1	1	1																		
Leipzig	1	15	1	1	1	1	1	1	1	1	85	1	1	1	1																		
Dresden	1	35	1	1	1	1	1	1	1	1	24	1	1	1	1																		
Hamburg	1	1070	1	1	1	95	1	1	1	1	1117	1	1	1	1																		
Köln	2	1166	1	1	1	46	1	1	1	1	1155	1	1	1	1																		
Frankfurt	1	80	1	1	1	180	1	1	1	1	180	1	1	1	1																		
Wien	1	56	1	1	1	1	1	1	1	1	54	1	1	1	1																		
Stuttgart	1	16	1	1	1	1	1	1	1	1	68	1	1	1	1																		
München	1	71	1	1	1	1	1	1	1	1	170	1	1	1	1																		
Leipzig	1	40	1	1	1	1	1	1	1	1	40	1	1	1	1																		
Dresden	1	60	1	1	1	1	1	1	1	1	60	1	1	1	1																		
Hamburg	1	215	1	1	1	1	1	1	1	1	215	1	1	1	1																		
Köln	1	18	1	1	1	1	1	1	1	1	18	1	1	1	1																		
Frankfurt	1	4900	1	1	1	1	1	1	1	1	4900	1	1	1	1																		
Wien	1	200	1	1	1	1	1	1	1	1	172	1	1	1	1																		
Stuttgart	1	150	1	1	1	1	1	1	1	1	150	1	1	1	1																		
München	1	88	1	1	1	1	1	1	1	1	88	1	1	1	1																		
Leipzig	1	27	1	1	1	1	1	1	1	1	27	1	1	1	1																		
Dresden	1	45	1	1	1	1	1	1	1	1	45	1	1	1	1																		
Hamburg	1	221	1	1	1	1	1	1	1	1	221	1	1	1	1																		
Köln	4	752	1	1	1	1	1	1	1	1	589	1	1	1	1																		
Frankfurt	1	100	1	1	1	1	1	1	1	1	1046	1	1	1	1																		
Wien	1	20	1	1	1	1	1	1	1	1	100	1	1	1	1																		
Stuttgart	1	51	1	1	1	1	1	1	1	1	55	1	1	1	1																		
München	2	28	1	1	1	1	1	1	1	1	18	1	1	1	1																		
Leipzig	1	576	1	1	1	1	1	1	1	1	576	1	1	1	1																		
Dresden	1	52	1	1	1	1	1	1	1	1	52	1	1	1	1																		
Hamburg	1	72	1	1	1	1	1	1	1	1	72	1	1	1	1																		
Köln	2	199	1	1	1	1	1	1	1	1	199	1	1	1	1																		
Frankfurt	1	14	1	1	1	1	1	1	1	1	14	1	1	1	1																		
Wien	1	88	1	1	1	1	1	1	1	1	88	1	1	1	1																		
Stuttgart	1	948	1	1	1	1	1	1	1	1	948	1	1	1	1																		
München	1	26	1	1	1	1	1	1	1	1	26	1	1	1	1																		
Leipzig	1	96	1	1	1	1	1	1	1	1	96	1	1	1	1																		
Dresden	1	1025	1	1	1	1	1	1	1	1	1025	1	1	1	1																		
Hamburg	1	50	1	1	1	1	1	1	1	1	50	1	1	1	1																		
Köln	1	21	1	1	1	1	1	1	1	1	21	1	1	1	1																		
Frankfurt	1	16	1	1	1	1	1	1	1	1	16	1	1	1	1																		
Wien	1	14	1	1	1	1	1	1	1	1	14	1	1	1	1																		
Stuttgart	68	1498	9	172	1164	16	227	1912	10	6	14	2	70	1620	18409	48	1190	12870	6	28	2128	9	148	1582	4	51	956	4	87	480	4	06	948

1. Januar 2. Dezember (Fischer, Scher). 2. Und für Rentbucharbeiter. 3. Um für Rentbucharbeiter. 4. Um für Rentbucharbeiter. 5. Um für Rentbucharbeiter. 6. Um für Rentbucharbeiter. 7. Um für Rentbucharbeiter. 8. Um für Rentbucharbeiter. 9. Um für Rentbucharbeiter. 10. Um für Rentbucharbeiter. 11. Um für Rentbucharbeiter. 12. Um für Rentbucharbeiter. 13. Um für Rentbucharbeiter. 14. Um für Rentbucharbeiter. 15. Um für Rentbucharbeiter. 16. Um für Rentbucharbeiter. 17. Um für Rentbucharbeiter. 18. Um für Rentbucharbeiter. 19. Um für Rentbucharbeiter. 20. Um für Rentbucharbeiter. 21. Um für Rentbucharbeiter. 22. Um für Rentbucharbeiter. 23. Um für Rentbucharbeiter. 24. Um für Rentbucharbeiter. 25. Um für Rentbucharbeiter. 26. Um für Rentbucharbeiter. 27. Um für Rentbucharbeiter. 28. Um für Rentbucharbeiter. 29. Um für Rentbucharbeiter. 30. Um für Rentbucharbeiter.



Gegenteil konnte unser Verband in der überwiegenden Mehrzahl derjenigen Städte, wo er Zahlstellen besitzt oder wo er sonst Mitglieder berzeichnet, direkten Einfluß auf die Festsetzung der Arbeitsbedingungen nehmen. Nur kommt dieser Einfluß nicht in Form von Tarifverträgen zur Geltung, obgleich an manchen Orten Abmachungen bestehen, die von den Arbeitgeber respiziert werden und die sich eigentlich nur der Form nach von wirklichen Tarifverträgen unterscheiden. Immerhin ist aber der formelle Tarifvertrag, abgeschlossen vom Verband bzw. seinen Zahlstellen, die sozusagen rechtliche und materielle Ausdrucksform seiner Macht und Anerkennung.

Zu guter Letzt möchten wir den dringenden Wunsch äußern, daß die nachstehende Statistik nicht nur in der Agitation gute Dienste leisten, sondern auch die Kollegen und Kolleginnen dazu anfeuern möge, bei allen unseren statistischen Maßnahmen sich recht rege zu beteiligen. ek.

## Zelluloid, seine Herstellung und Verwendung.

Die Entwicklung Deutschlands zum Industriestaat hat sich in den letzten Jahrzehnten mit immer größerer Geschwindigkeit vollzogen, wofür durch die Ergebnisse der letzten Berufszählung der unwiderlegbare Beweis erbracht ist. Mit dieser fortschreitenden Ausdehnung der Industrie hat aber die Entwicklung unserer Arbeiterschutzesorge keineswegs gleichen Schritt gehalten, der Einfluß der Arbeitgeber auf die gesetzgebenden Körperschaften hat vielmehr vermehrt, einen Stillstand in der sozialen Gesetzgebung eintreten zu lassen, der von Seiten der Arbeiterschaft lebhaft zu bedauern ist. Wie die ganze soziale Gesetzgebung Deutschlands nach dem Eingeständnis Bismarcks aber nur dem Drängen der Arbeiterschaft und ihrer parlamentarischen Vertreter zu danken ist, wird auch ein weiterer Ausbau derselben nur dann zu erwarten sein, wenn die Arbeiterschaft selbst wieder den Stein ins Rollen bringt, indem sie mit allem Nachdruck auf die Gefahren, die sie täglich und stündlich umgeben, sowie auf die vorhandenen Lücken in unserer Arbeiterschutzesorge hinweist.

Eine große Gefahr für die in ihr tätigen Arbeiter und Arbeiterinnen bergende, von der Arbeiterschutzesorge aber kaum berührte Berufsgruppe stellt die Zelluloidindustrie dar. Wohl sind die Anlagen zur Herstellung von Zelluloid im § 16 der Gewerbeordnung für das Deutsche Reich in die Reihe derjenigen Betriebe aufgenommen, zu deren Errichtung es einer Genehmigung der zuständigen Behörde bedarf, um die Besitzer und Bewohner der benachbarten Grundstücke und das Publikum überhaupt vor Gefahren und Beschädigungen zu schützen, die der fragliche Betrieb mit sich bringt, aber von dem ihm durch den § 120e der Gewerbeordnung zustehenden Recht, für bestimmte, besonders gefährliche Berufsgruppen einheitliche Be-

stimmungen zum Schutze der in ihr beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen zu erlassen, hat der Bundesrat mit Bezug auf die Zelluloidindustrie noch keinen Gebrauch gemacht. Es entbehren also die in diesem Industriezweig, und zwar die in der Rohstoff-fabrikation sowohl wie die mit der Verarbeitung des Zelluloids Beschäftigten noch des so überaus notwendigen einheitlichen Schutzes, und da für die Verarbeitung des Zelluloids auch eine ganze Reihe solcher Betriebe in Betracht kommen, deren Arbeiter und Arbeiterinnen in unserer Organisation vereinigt sind, halten wir es für geboten, auch an dieser Stelle auf die hier vorliegende gefährliche Lücke in den Arbeiterschutzesbestimmungen hinzuweisen.

Um auch den nicht mit der Verarbeitung von Zelluloid direkt beschäftigten Kollegen und Kolleginnen einen Einblick in diesen Industriezweig zu geben, wollen wir uns heute zunächst mit der Herstellung und der verschiedenen Verwendung des Zelluloid beschäftigten und werden demnächst auch auf die mit der Verarbeitung von Zelluloid verbundenen Gefahren und die so überaus notwendigen Arbeiterschutzesvorschriften des näheren eingehen.

Das Zelluloid wurde im Jahre 1869 von zwei Amerikanern, den Gebrüdern Hyatt, zuerst hergestellt, es verdankt seine Entstehung den von diesen angestellten Versuchen zur Herstellung einer den atmosphärischen Einflüssen nicht zugänglichen Masse für Buchdruckwalzen und besteht aus einem Gemenge von Kollodiumwolle oder Schießbaumwolle und Kampfer. Die Herstellung des Zelluloids hat im Laufe der Zeit manche Vervollkommen erfahren und erfolgt zurzeit auf verschiedene Weise, da mehrere zelluloidhaltige Stoffe (Baumwolle, Leinen, Papier, Holz) zur Gewinnung der Kollodiumwolle und weiter durch Verbindung mit Kampfer zur Herstellung des Zelluloids verwendbar sind.

Meistens wird bei der Zelluloidfabrikation als Rohmaterial möglichst feines Seidenpapier verwandt, das durch besondere Maschinen in kleine Fäden zerissen wird. Diese kommen in ein Gemisch von fünf Teilen konzentrierter Salpetersäure und zwei Teilen Schwefelsäure und werden, nachdem die Nitrierung erfolgt ist, mit Wasser bis zur Beseitigung jeder Spur von Säuren gewaschen, worauf die Masse einem starken Druck ausgesetzt wird, um die Feuchtigkeit möglichst zu entfernen. Die trockene Nitro-zellulose (Kollodiumwolle) wird dann mit Kampfer durch Mahlen innig vermischt und die Mischung durch Zusatz flüssiger Lösungsmittel bis zu einer gummiartigen Konsistenz zur Lösung gebracht. Nachdem die nötigen Farbstoffe zugesetzt sind, wird die Mischung in Walzwerken zu einer gleichartigen Masse zusammengewalzt und dann in hydraulischen Pressen unter hoher Temperatur einem starken Druck ausgesetzt. Aus der Presse kommt der nun fertige Stoff in Form von Blöcken, welche mittels einer dem Zwecke angepaßten Schneidemaschine zu Platten von beliebiger Stärke, bis zu  $\frac{1}{16}$  Millimeter abwärts, geschnitten werden. Die nötige Härte erlangen die Platten erst im Trockenhaufe, in welchem sie, je nach ihrer Stärke und ihrem Gebrauchszweck, wochen- und auch monatelang bleiben müssen, bevor sie gebrauchsfähig werden.

Das ungefärbte Zelluloid hat das Aussehen von blankem Horn, ist schwach durchscheinend, hart, aber doch sehr elastisch und fast unzerbrechlich. In dünnen Blättern läßt es sich mit dem Messer und der Schere zerschneiden. Wird das Zelluloid auf etwa 75 Grad Celsius erwärmt, so erlangt es einen so hohen Grad von Elastizität, daß man es durch Wiegen oder Pressen in jede beliebige Form bringen kann, die es nach der Erstaltung beibehält. Auch durch Eintauchen in kochendes Wasser wird Zelluloid so weich und biegsam, daß es mit Leichtigkeit in jede beliebige Form gebracht werden kann.

Bei Berührung mit einer offenen Flamme brennt das Zelluloid schnell mit ruhender Flamme, unter Verbreitung eines Kampfergeruchs. Wird die Flamme ausgeblasen, so glimmt das Zelluloid rasch weiter, wobei sich dicke Dämpfe entwickeln, die einen kleinen Raum schnell verfinstern. Durch Berührung mit glühendem Feuer oder einem glühenden Körper wird Zelluloid zwar nicht zu hellem Brennen, wohl aber ebenfalls zum Glimmen gebracht. Auch bei einer Erwärmung auf über 140 Grad zerfällt Zelluloid sich plötzlich, indem es mit großer Schnelligkeit in Rauch aufgeht.

Ungeachtet seiner leichten Entzündlichkeit findet das Zelluloid sehr vielseitige Verwendung, weil es alle Eigenschaften besitzt, die seine Verarbeitung auf mannigfache Art zulassen, und weil die aus Zelluloid gefertigten Gegenstände sich durch Eleganz und Leichtigkeit auszeichnen. Durch die Möglichkeit, dem Zelluloid jede gewünschte Färbung zu geben, eignet es sich vorzüglich zur Imitation von Horn, Elfenbein, Schildpatt, Korallen, Marmor, Bernstein, Ebenholz usw. und infolge seiner Durchsichtigkeit in ungefärbtem Zustande läßt es sich zu Uhrtafeln und Umhüllungen, deren Inhalt von außen erkennbar sein soll, sehr vorteilhaft verwenden.

Die größte Verwendung findet das Zelluloid zurzeit in der Kamm- und Bürsten-, sowie in der Stod- und Schirmindustrie, wo es zu allen Arten Kämmen, zu Bürstentrüden sowie zu Stod- und Schirmgriffen in den verschiedensten Formen und Färbungen verarbeitet wird.

Weitere Verwendung findet das Zelluloid in der Luxuspapierindustrie, in der es vornehmlich zur Herstellung von Plakaten, Gratulationskarten, Lesegeräten usw. benutzt wird, während in der Galanteriebranche Schmuckkästen, Bilderrahmen usw. und in der Etuisbranche namentlich kleine Etuis für Ringe, Uhren, Nadeln usw. aus Zelluloid hergestellt werden. In der Buchbinderei und Albumfabrikation ist die Verarbeitung von Zelluloid infolge der modernen Geschmacksrichtung zurückgegangen, aber für Gebetbücher-, Postkartenalbum- und auch vereinzelt für Photographialbumdeckel findet es immer noch Verwendung.

Schließlich wird Zelluloid auch noch zu Messergriffen, Spiegelfassungen, Billardkugeln, mancherlei Spielsachen und Reklameartikel, zu Krügen und Manchetten, zu Mischges aus Holzschritten, ja sogar zu künstlichen Gebissen sowie in der Optik und Elektrotechnik in mannigfacher Weise verwandt.

## Die Wallfahrer.

(Schluß.)

Sie machten sich ein Schlaflager am Waldrande zurecht und sanken darauf nieder, müde und glücklich, eines dacht an das andere geschmiegt. Der rote Mond lachte auf sie herab, und sie lachten einander zu, bis ihre Lippen wieder aufeinander brannten und sie ihre Müdigkeit vergaßen und nur noch fühlten, daß sie glücklich, über alle Maßen glücklich waren.

Am Morgen kam Lenka mit roten Augen nach Hause. Da gab es Schelte und Mergel. Aber Lenka trocknete ihre Tränen und dachte: „Wald gehe ich in die Stadt und dann nach Sadsen, und dann — und dann“ — sie lachte still vor sich hin und ertrug Mergel und Schelte im Gefühl, daß die Madonna selbst ihr das beste Gut von Himmel und Erde, ihre große Liebe und das Herz des Geliebten geschenkt hatte. Der Brief aber, den sie vom Andreas erwartete, der blieb aus. Woche um Woche verging. Mit unbefangenen Schriftzügen brachte sie am Ende einen Brief an ihn zustande, den sie der Post übergab. Wieder vergingen Wochen. Endlich schrieb Andreas, er habe Tagsdicht gehabt und sei nur des Abends herausgekommen, da hätte er sich nicht nach einer Stelle für Lenka umsehen können. Von nächsten Monat ab habe er Nachtsdicht, da sei er am Tage frei, und er würde ihr bald wieder schreiben. Schlimm sei es nur, daß seine Mutter krank wäre und nicht mehr verdienen könnte.

Nun wartete Lenka wieder. Sie kränkelte und hatte an nichts mehr Freude. Endlich wurde ihr klar,

wie es um sie stand. Sie konnte keinen Dienst mehr suchen — im Frühjahr würde sie ein Kind haben. Die Stiefmutter schalt und wetterte, der Vater prügelte sie. Sie lief wie eine Bergweibelle den ganzen Tag umher, sie hatte kein Geld, um zu Andreas zu fahren, der Vater hatte ihr alles weggenommen, und die Leute, die sie nach dem Wege zu den Bergwerken fragte, sagten, das sei zu weit, zu Fuß könnte man da nicht hingehen. Dazu fiel Schnee in dichten Massen und der Wind setzte über die Straßen und heulte um die Dörfer. Wochen, Monate vergingen. Lenka schämte sich, an Andreas zu schreiben — sie wartete — wartete. Eines Tages kam ein Brief von ihm. Er schrieb:

„Liebe Lenka!

Ich kann nicht mehr Dein Schatz sein, meine Mutter ist immer noch krank und quält mich zu sehr. Ich muß etwas für sie tun. Und sie sagt, ich kann nicht so lange warten, bis Du das Bett und den Schrank und das Geld hast. Wenn ich an Dich denke und an die Prozeßion und an alles, da ist mir gerade, wie wenn sie mir mit einem Messer das Herz entzweifschneiden würden. Aber ich kann mir doch sonst nicht helfen und Dir auch nicht. Darum bin ich

Dein sehr trauriger Andreas.“

Nachdem Lenka diesen Brief gelesen, ging sie hinaus in den Schnee, die Chaussee entlang, auf der der Wind ihr entgegenblies, bis zum Bahndamm. Und dann lief sie neben dem Bahndamm entlang, in der Richtung der Bergwerke. Müde es noch so weit sein, einmal mußte sie doch hinkommen! Und hin mußte sie, sie mußte Andreas sprechen.

Drei Tage später brachten fremde Leute sie auf einem Strohschlitten zu ihren Eltern zurück. Man

hatte sie halb erstarrt im Schnee gefunden und in das nächste Dorf gebracht. Dort hatte ein Arbeiter sie erkannt, und der Bauer, der sie gefunden, dachte, daß es immer noch ein besseres Geschäft sei, sie zurückzufahren zu ihren Leuten als sie zu verpflegen.

Lenka sah mit fiebergelühenden Augen um sich — sie erkannte niemand und sprach wirres Zeug durcheinander.

„Sie muß sterben,“ sagten die Leute. Aber sie blieb am Leben. Nur das Kind unter ihrem Herzen starb, noch ehe es gelebt hatte.

„Wäre sie doch auch gestorben, ein Krüppel bleibt sie doch ihr Leben lang,“ sagte die Stiefmutter zu Lenkas Vater, der so betrunken war, daß er kaum verstand, was sie meinte.

Der Frühling kam mit tausend Blüten. Lenka war lahm an beiden Füßen. Auf den Händen kriechend, schleifte sie sich an die Hütten- tür und sah die Sackseugängerrinnen vorbeiziehen, die zur Station wollten. Und ringsum blühten die Obstbäume, und die Vögel zwitscherten als sei lauter Lust und Freude auf der Welt. Da froh Lenka in die Hütte zurück, verbarz den Kopf auf dem Strohs ihres Lagers und weinte bittere Tränen.

In der Nacht kam ein Gewittersturm. Ein Kirschbaum voller Blüten wurde umgebrochen. Am Morgen sah Lenka ihn vor dem Fenster liegen. „So voller Blüten und doch tot!“ dachte sie, und ihr war, als sei der Kirschbaum ein Stück von ihr selbst. Aber sie konnte das, was sie fühlte, nicht in Worte Gedanken fassen.

Und den Kirschblüten folgten die Rosen und den Rosen das reife Storn.

Die Vielseitigkeit seiner Verwendung läßt ohne weiteres erkennen, daß eine große Zahl von Arbeitern und Arbeiterinnen an der Herstellung und Verarbeitung des Zelluloids beteiligt sind, und für sie alle würde es überaus bedeutungsvoll sein, wenn die sie ständig umgebenden Gefahren mittels durchgreifender Arbeiterschutzbestimmungen bald auf ein möglichst geringes Maß beschränkt werden könnten.

Hr.

## Die kurze Arbeitszeit und deren Nutzen für die Frauen und die Volkswohlfahrt.

Den hygienischen Wert der kurzen Arbeitszeit ganz klarzulegen vermag nur der Arzt, der Laie muß sich damit begnügen, Wirkungen und Erfahrungen zu konstatieren. Der Mensch, gleichviel ob Mann oder Frau, saugt mit seinen Poren den ganzen Staub mit allen Miasmen, die ganz besonders reichhaltig in der Papierindustrie vertreten sind, auf. Die oberste Pflicht zur Instandhaltung eines gesunden leistungsfähigen Körpers aber ist die Reinlichkeit, das Bad. Kann nun die arbeitende Frau der Pflicht gegen sich selbst gerecht werden? Zwei Drittel aller arbeitenden Frauen kommen ermüdet nach Hause, um noch notwendige Hausarbeiten zu erledigen. Ermattet sinken sie ins Bett, es fehlt die Zeit zum Gange nach einer Badeanstalt. Das nervenstärkende, Leib und Seele erfrischende Bad, ist es minder notwendig als Essen und Trinken?

Unsere bürgerlichen Volkswirtschaftslehrer haben den herrschenden Klassen noch lange nicht mit dem Ernste, der eine solche Aufgabe erfordert, die entsetzlichen Folgen des betriebenen Raubbaues mit der Arbeitskraft vorgeführt. Sie suchen laxitari solche Aufgaben theoretisch zu lösen, essen und trinken nebenbei in der Regel selber gut, sind oft mit den schlimmsten Ausbeutern persönlich befreundet und so leicht geneigt, für die Praxis beide Augen zuzudrücken. Das Sprichwort, wasche mir den Pelz, doch mache ihn nicht naß, findet die vollste Bestätigung im Verhalten der bürgerlichen Sozialpolitiker gegenüber der Regierung und den herrschenden Klassen. Der Privatunternehmer, dessen oberster Grundsatz der Verdienst ist, drückt sich vor den Pflichten und der Staat noch mehr. Dieser, der Domänen und Forsten planmäßig bewirtschaften läßt, überträgt nicht das geringste Interesse auf planmäßige Heranziehung eines gesunden leistungsfähigen Geschlechtes, entzieht sogar durch ungeheure indirekte Besteuerung notwendiger Nahrungsmittel dem Volke die Kraft, die das Unternehmertum in Gestalt von Bühnen bietet.

Die Selbsthilfe der Arbeiterklasse hat die Arbeitszeit zu beschränken verstanden. Es wäre für eine einsichtsvolle Regierung ein Leichtes gewesen, zum wenigsten die Arbeitszeit der Frauen auf ein Maximum von acht Stunden zu beschränken und das Ver-

bot der Frauenbeschäftigung am Sonnabendnachmittag durchzudrücken, wodurch viel gebessert wäre. Wer dieses nun der Regierung predigt, hält Agitationsreden zum Fenster hinaus. Ein großer Teil der Schuld aber liegt an der Nachlässigkeit der Frauen selber. Es ist ein Kleinräumergeiß in ihnen, der Pfennigsverdiensten nachläßt, um große Ziele aus den Augen zu lassen. Arbeiten und pußen! So lange natürlich Puß und Glitz als das Schönste im Leben der Frau gilt, treten ernste Fragen zurück; denn diese betragen kein Ländeln, kein oberflächliches Interesse, sondern erfordern Selbstzucht und Erziehung zur Objektivität. Das Streben der Frau, zu gefallen, verleitet sie in den meisten Fällen, Puß und andere Genußmittel durch Preisgabe des Körpers zu kaufen unter erniedrigenden Bedingungen. Die Erziehung zum Stolz, ein einfaches, schlichtes Kleid mit Selbstbewußtsein zu tragen, ist nicht die Erziehung zur Anspruchslosigkeit, die bekämpft werden muß. Groß sein im Begehren der Menschenrechte, stark aber in der Begränzung der Schwierigkeiten, die uns von diesen trennen. Ich nenne es anspruchslos, wenn eine Frau sich um Puß verkauft. Die Erziehung zur Härte und Kälte der stolzen Spartanerin, die ihren Sohn in den Kampf sandte mit den Worten: „Mein Sohn, entweder mit dem Schilde oder auf ihm will ich dich wiedersehen!“ muß auf unsere Frauen und Mütter übertragen werden, dann ist die junge Generation die Fortentwicklung der alten Kämpfer.

Zeit und Kraft gewonnen, alles gewonnen, Zeit und Kraft vergeudet, alles vergeudet. Die Verkürzung der Arbeitszeit muß darum das Hauptaugenmerk der gewerkschaftlichen Frauenorganisation bleiben. Erst Zeit haben, dann sie wohl nutzen und so Schritt für Schritt aufwärts zur höheren Kultur des Menschengeschlechtes.

M. N.

## Internationales.

**Schweden.** Die Buchbinder im Massentstreik. Schon seit vier Wochen tobt der Kampf zwischen der Arbeiterschaft und dem Unternehmertum, und trotzdem ist die Solidarität unter unseren Berufsgenossen die beste, die die bei den früheren Konflikten übertrifft. Viele Arbeitgeber haben durch Verlockungen und Drohungen versucht, die Kollegen zur Wiederaufnahme der Arbeit zu veranlassen. Andere Buchbindereibesitzer haben ihrem Personal mitgeteilt, dass die Arbeit an verschiedenen Plätzen wieder aufgenommen sei, aber auch diese Täuschungsversuche sind misslungen.

Die einzigen, die die Solidarität gebrochen haben, sind einige Düten- und Kuvertarbeiterinnen in Oskarshamm und einige unorganisierte Kartonarbeiterinnen in Jönköping. Bei Herzog in Stockholm fingen am Freitag 15 Mädchen an, wovon mehrere am folgenden Tage wieder aufhörten. In

der lithographischen Anstalt in Norrköping ruht die Arbeit vollständig, obwohl nur etwa der vierte Teil der Streikenden der Organisation angehören.

Wie allgemein die Beteiligung unserer Kollegen und Kolleginnen am Generalstreik ist, erhellt daraus, dass in 28 Orten 8422 Personen im Streik stehen. Nur 2218 von ihnen gehören dem Verbands an, und zwar 1011 Arbeiter und 1207 Arbeiterinnen. Von den Unorganisierten stellen die Arbeiterinnen den grösseren Teil mit etwa 950. Bei einer so ungeheuren und ausdauernden Beteiligung selbst der Unorganisierten darf damit gerechnet werden, dass die Arbeiterschaft den Kampf noch längere Zeit aushalten wird. Zweifellos werden dadurch die Aussichten auf einen erfolgreichen Ausgang des bewundernswerten Kampfes immer günstiger. Da aber dieser Kampf die Aktionsfreiheit der schwedischen Gewerkschaften nicht vernichten darf, so werden den Ausständigen und Ausgesperrten weder Streik-, Arbeitslosen- noch Reiseunterstützung aus Verbandsmitteln gewährt. Hilfsbedürftige Streikende werden aus der vom Streikausschuss aus allgemeinen Sammlungen gespeisten Unterstützungskasse unterstützt. Selbstverständlich steigert sich mit der zunehmenden Dauer des Kampfes die Notlage der Streikenden und damit auch die an die Unterstützungskasse gestellten Anforderungen. Um so mehr erwächst der Kollegenschaft ausserhalb Schwedens die Pflicht, ihre Solidarität auch materiell zu bekunden. Bisher sind in Deutschland nach den Mitteilungen der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands im „Correspondenzblatt“ für den allgemeinen Ausstand in Schweden 438 053,60 Mk. gesammelt worden. Doch noch grössere Summen sind erforderlich, soll der Erfolg dieses riesigen Kampfes auf Seiten der Arbeiterschaft sein.

**a. k. Arbeiter- und Unternehmerorganisation in Schweden.** Die Einmütigkeit, mit der die schwedischen Arbeiter den Kampf gegen das Unternehmertum führen, hat die Grenzlinien zwischen den verschiedenen Richtungen ihrer Gewerkschaftsbewegung einigermaßen verwischt. Grosse Gegensätze in der Auffassung des gewerkschaftlichen Kampfes bestehen ja nicht. Und die Rivalität zwischen den verschiedenen Richtungen, wie sie in Deutschland besteht, ist völlig unbekannt.

Die Form der Organisation ist fast durchweg die zentralistische. 27 Fachverbände mit insgesamt 2172 Abteilungen (Ortsvereinen) und 162 391 Mitgliedern waren am 1. Januar 1909 der Landeszentrale angeschlossen, die auf dem Gewerkschaftskongress zu Stockholm im August 1898 gegründet worden ist. Damals waren etwa 50 000 organisierte Arbeiter aus 24 Zentralverbänden, 13 lokalen Fach-

Die Kirchenglocken läuteten den größten Festtag der Gegend ein. Morgen ging die Prozession aus dem Dorf zur Muttergottes von Boremba.

„Ich gehe mit!“ sagte Lenka. Man lachte sie aus mit ihren verkrüppelten Füßen. Aber schließlich nahm sie doch ein mitleidiger Bauer in seinem Karbwanen mit bis zur kleinen Stadt am Fuß des Wallfahrtsberges.

„Nun mußt Du schon sehen, wie Du weiterkommst,“ sagte er dort. Sie nickte. Und sie kam weiter, langsam, aber stetig. Sie kroch auf den Händen und knien den steinigen Weg entlang bis zur Wallfahrtskirche von Boremba. Dort setzte sie sich am Wegrand nieder und wartete. Es waren schon viele Wallfahrer dort, aber die Bergleute und die Jungfrauen in den weißen Festkleidern fehlten noch. Endlich kamen sie, und Lenka vergaß einen Augenblick ihre kranken Füße und richtete sich auf, um besser sehen zu können; aber vor Schmerz stöhnend sank sie in die Kniee. Nun wand und drehte sie sich hin und her, um zwischen den Menschen die Bergleute sehen zu können, und endlich wußte sie es: der Andreas war nicht darunter.

Der Vater begann seine Predigt; aber vor Lenkas Ohren klangen immer nur die Worte, die sie im vorigen Jahre an dieser Stelle gehört hatte.

„Das Beste für jeden und jede gibt die Madonna. Das Beste, das Beste — o heilige Muttergottes, was ist denn nun das Beste für mich?“ schrie es in Lenkas Herzen.

„Heilige Muttergottes, ich möchte ihn nur ein einziges Mal wiedersehen,“ betete Lenka, „heilige Muttergottes, wenn es noch etwas Gutes für mich geben kann, so ist es das!“

Und als sie jetzt zur Madonna hinüberblickte, war es, als sähen die Augen der Heiligen sie an, gerade sie, unter all den Tausenden. Da wurde es in Lenkas Herzen ruhig.

„Ja, Du weißt, was das Beste ist,“ betete sie, „Du hast es mir schon einmal gegeben, aber dann ist es mir verdorben worden. Der Schnee — die Menschen — ach, ich weiß ja nicht, wie es kam, daß es so schlimm wurde, aber als Du es mir gabst, da war es doch so schön — so wunderbar!“

Nun hoben die Bergleute das Bild auf und trugen es den Berg hinan. Da konnte Lenka nicht mehr mit. Sie sah am Wege und sah dem Zuge nach so lange als möglich. Sie vergaß, wo sie war, ihre Seele zog mit dem Witbe und der Schar der Bergleute und der Mädchen. Als sie endlich um sich blickte, da war sie ganz allein auf dem Felsbe, nur die Glocken läuteten unten im Tale und oben im Kloster.

Sie begann zurückzutrieden nach der Stadt, aber der Weg wurde ihr so schwer, so schrecklich schwer. Rote Funken tanzten ihr vor den Augen von der Mitrengung sie mußte ab und zu liegen bleiben, um Kräfte zu sammeln. Der Weg war lang. Endlich erreichte sie dennoch das Wirtshaus vor der Stadt. Sie mußte sehr lange Zeit unterwegs gewesen sein, denn schon kehrten einzelne Wallfahrer zurück. Ein Bergmann war darunter, und Lenka, die mit feuchter Brust neben der Türschwelle liegen geblieben war, raffte sich auf, als sie ihn bemerkte. Sie sah so flehend zu ihm auf, daß der Mann in die Tasche griff, um ihr ein Almosen zu reichen.

„Mein, nein,“ leuchtete sie, „das nicht, aber sagt mir, wenn Ihr könnt, was aus dem Andreas Zorka

geworden ist, und warum er nicht bei der Prozession war?“

„Der Andreas Zorka?“ wiederholte der Bergmann. „Ja, meinst Du denn den, der im Frühjahr geheiratet hat? Meinst Du den?“

„Geheiratet?“ wiederholte Lenka und wurde dabei blaß bis in die Rippen.

„Na ja, die Fuhrmanns Marie, die Sachsen-gängerin, die sich wunder wie groß tat — aber was siehst Du mich denn so an? Wenn Dich's grämt, kannst Du Dich trösten! Vor vierzehn Tagen haben wir ihn tot aus dem Schacht heraufgebracht — schlagendes Wetter, weißt Du — die Fuhrmanns Marie ist nun eine Witwe!“ Er schritt vorüber.

Am Abend, als der Bauer, der Lenka hergebracht hatte, sich nach ihr umsah, mußte er lange suchen. Endlich fand er sie ausgefressen hinter einem Hohlunderbusch, der in der Nähe der Haustür stand. Er glaubte, sie sei eingeschlafen, und rüttelte sie umsanft. Sie gab kein Lebenszeichen mehr.

Sie holten den Doktor, der zuckte die Achseln und sagte: „Kein Wunder, an so einem heißen Tage so eine Anstrengung bei so schwachem Körper — Herzschlag, natürlich! Die Leute sind zu unvernünftig!“

Die Tote lag da mit einem sanften Ausdruck von Ruhe und Frieden auf dem blassen, jungen Gesicht, und von fernher erklang das Lied der heimkehrenden Wallfahrer:

„Ave Maria —  
Du nimmst die Sorgen,  
Du gibst das Beste uns, Du bist gut,  
Du gibst das Beste, in Deiner Gut  
Sind wir geborgen!“



vereinen und 19 Ortskartellen durch 268 Delegierte vertreten. Seitdem hat die Bewegung einen mächtigen Aufschwung genommen und sich namentlich in der Richtung der Zentralisation glänzend entwickelt. In den der Landeszentrale angeschlossenen Organisationen verkörpert sich zugleich die schwedische Sozialdemokratie. Die einzelnen Abteilungen der verschiedenen Verbände sind an jedem Orte zu einer Arbeiterkommune zusammengeschlossen, die etwa unseren Gewerkschaftskartellen entspricht. Sie ist zugleich die örtliche Parteioorganisation, die als solche dem Landes-Parteivorstande untersteht. Die Parteibeiträge sind in den von jeder Abteilung neben dem Verbandsbeitrag erhobenen Ortsbeitrag enthalten. Sie werden an die Arbeiterkommune abgeliefert, die einen Teil an den Landesvorstand weitergibt. Man sieht, dass Partei und Gewerkschaften in Schweden tatsächlich eins sind. Um aber auf die anders denkenden Arbeiter in den Gewerkschaften keinen Gewissenszwang auszuüben, hat man die Einrichtung getroffen, dass die Mitgliedschaft bei der Partei durch eine schriftliche Erklärung ausgeschlossen werden kann. Hiervon wird aber fast niemals Gebrauch gemacht.

Für diejenigen, die sich nicht gewerkschaftlich organisieren können, besteht ein sozialdemokratischer Verein, der seinerseits wieder der Arbeiterkommune angeschlossen ist. Diese Vereine bilden die sozialistischen Bildungs- und Diskutierklubs, weshalb ihnen auch viele angehören, die schon als Gewerkschaftsmitglieder der Arbeiterkommune angeschlossen sind. Finanziell stehen sich diese Vereine fast durchweg sehr gut. So gehört dem Verein in Malmö, der etwa 300 Mitglieder zählt, der prachtvolle, mehrere Morgen grosse Volkspark, der ein Kapital von drei Millionen Kronen (8 Kr. = 9 Mk.) darstellt und als der schönste Schwedens gilt. Er ist mit keinen Schulden oder Privatkapital belastet. Die Beleuchtung erfolgt durch ein eigenes Elektrizitätswerk, das sich neben dem prachtvollen, im maurischen Stile erbauten Konzert- und Versammlungslokal befindet. Die Ueberschüsse werden zu Bildungszwecken aller Art verwandt.

12 Fachverbände, die der Landesorganisation nicht angeschlossen sind, vertreten die neutrale Richtung der Gewerkschaftsbewegung. Der grösste ist der Typographenbund mit 88 Abteilungen und 5784 Mitgliedern. Er hat sich bekanntlich nach einigen Schwierigkeiten gleichfalls dem Generalstreik angeschlossen. Eine tiefe Kluft trennt ihn nicht von den sozialistischen Verbänden; der Anschluss an die Landeszentrale wurde 1. Januar 1907 nur mit 80 Stimmen Mehrheit abgelehnt. Neben den Buchdruckern zählen zur neutralen Richtung die Schlichter, Elektriker, Heizer und Maschinenisten auf kleinen Schiffen, Gärtner, Waldarbeiter und Handlungsgehilfen, die mit in den Ausstand getreten sind, ferner die Eisenbahner, Lokomotivführer und Heizer, Postleute und Zollunterbeamten, die sich nicht angeschlossen haben. Insgesamt zählt diese Richtung, einschliesslich einer Lokalorganisation der Bautischler in Stockholm, etwa 60000 Mitglieder.

Eine dritte Gruppe stellen die Gelben dar, mit rund 9000 Mitgliedern im „Schwedischen Arbeiterbund“ zentralisiert. Unter dem Protektorat der Unternehmer als Streikbrecherorganisation gegründet, haben sie jahrelang den Gewerkschaften bei Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Wege gestanden. Ihre vorübergehende Beteiligung am Streik hat wohl nur den Zweck gehabt, durch die ostentative Wiederaufnahme der Arbeit die Reihen der Streikenden zu durchbrechen. Erfreulicherweise ist das aber misslungen.

Sehr stark organisiert sind auch die Unternehmer, wieweil ihre Vereinigungen verhältnismässig noch jung sind. Ihre drei hauptsächlichsten Zentral-Organisationen stammen erst aus dem Jahre 1902.

Der eigentliche Anstifter des grossen Kampfes ist der Schwedische Arbeitgeberverband, der die Gross- und Exportindustrie umfasst. Von ihm gingen die Beschlüsse auf Aussperrung von 90000 Arbeitern aus. Die 28 Gewerbeverbände, die dieser Scharfmacherorganisation angehören, zählten am 1. Januar 1877 Mitglieder, die

etwa 160000 Arbeiter beschäftigten. Er ist auf einem Versicherungsprinzip aufgebaut. Seine Mitglieder übernehmen eine Garantieverpflichtung auf einen bestimmten Betrag, entsprechend der Zahl der von ihnen beschäftigten Arbeiter. Im Streik- oder Aussperrungsfall haben sie dann einen entsprechenden Anspruch auf Schadenersatz. Sie sind verpflichtet, den Beschlüssen der Organisation Folge zu leisten. Zuwiderhandlungen verpflichten zum Schadenersatz. Zur Deckung aller dieser Verpflichtungen haben die Mitglieder Wechsel ausgestellt, durch deren Hinterlegung bei 16 Grossbanken der Verband jetzt einen Kredit von siebzehn Millionen Kronen erhalten hat. Davon sollen jedem Unternehmer pro Tag und Arbeiter eine Krone gezahlt werden, was natürlich kaum ausreicht, den entstehenden Verlust an weiterlaufenden Betriebskosten, Zinsen usw. zu decken, vom Gewinn gar nicht zu reden. Dabei ist vorausgesetzt, dass die Banken bis zuletzt imstande sein werden, die übernommene Verpflichtung zu erfüllen.

An Bedeutung folgt der Zentrale Arbeitgeberverband, der sich hauptsächlich aus Handwerk und Baugewerbe rekrutiert. Am 1. Januar zählte er rund 2000 Arbeitgeber mit 45000 Arbeitern. Er ist nicht nach dem Versicherungsprinzip aufgebaut.

Wohl aber ist dies der Fall bei dem Schwedischen Maschinenfabrikantenverein mit 175 Mitgliedern und etwa 26000 Arbeitern. Seine Garantiesumme beläuft sich auf über drei Millionen Kronen.

Trotz ihrer starken Organisation haben die Unternehmer den geradezu riesigen Fortschritt der Tarifbewegung nicht hindern können. Nicht weniger als rund 13000 Unternehmer und 900000 Arbeiter sind an solchen Tarifabkommen beteiligt, die infolge gegenseitiger Vereinbarung (durch die sich die Unternehmer ein Hintertürchen für ihre beliebigen Aussperrungen offenhalten wollten), auch durch den gegenwärtigen Kampf nicht als gebrochen gelten.

Man sieht aus alledem, dass die schwedischen Arbeiter trefflich organisiert sind. Aber sie stehen einem machtvollen Gegner gegenüber, den sie bei all ihrer moralischen Kraft nur dann werden niederringen können, wenn ihnen die weitgehendste Unterstützung des internationalen Proletariats zuteil wird. Ist es doch auch der Kampf der gesamten Arbeiterklasse, den sie mit bewundernswerter Disziplin und Selbstverleugnung führen.

### Korrespondenzen.

**Deutschland:** Gesperrt ist die Kgl. Bayerische Hofbuchdruckerei und Verlagshandlung U. G. Sebald in Nürnberg.

**Schweden:** Ganz Schweden ist wegen Aussperrungen und Generalstreik gesperrt.

**Ungarn:** In Budapest ist ein Konflikt in der Kartonnagenbranche entstanden. Vor Zuzug wird gewarnt. Ueber die Lederwarenfabrik in Raab und Kaschau ist die Sperre verhängt worden.

**Schweiz:** Gesperrt ist die Firma A. B. Seine in Arbon.

**Oesterreich:** In Mährisch-Ostau befinden sich die Kollegen in einer Lohnbewegung. Zuzug ist fernzuhalten.

**Mannheim-Ludwigshafen.** Vorwärts immer, rüdwärts nimmer! Unauffassam seit einem Jahre wächst die Mitgliederzahl. Es ist die Frucht einer intensiven zähen Agitation, die sich durch keinen Misserfolg zurückschrecken liess. Auch im verfloffenen 2. Quartal konnte die Mitgliederzahl wieder erhöht werden und zwar von 141 auf 161. Nachstehende Tabelle zeigt, welchen Aufschwung die Zahlstelle durch diese Agitation nahm. Es waren Mitglieder vorhanden:

	männlich	weiblich	zusammen
2. Quartal 1908	80	29	109
3. " 1908	92	24	116
4. " 1908	100	26	126
1. " 1909	112	29	141
2. " 1909	120	41	161

— inzwischen hat sich die Zahl bereits auf 170 erhöht.

Auch in tariflicher Beziehung war im verfloffenen Quartal ein Erfolg zu verzeichnen. Es

galt bei den noch rückständigen Firmen unseren Tarif zur Einführung zu bringen. Als es uns gelungen war, die bei der Firma J. Benzheimer beschäftigten drei Kollegen und acht Kolleginnen zu organisieren, verlangten wir die Umgestaltung unseres Tarifes. Nach zweifündigen Verhandlungen erhielten wir von der Firma folgendes Zugeständnis: Die Arbeitszeit wird von 9½ Stunden auf 8½ Stunden herabgesetzt; die Pausen fallen fort, also statt 10 Stunden ist das Personal nur noch 8½ Stunden im Betrieb. 3 Kollegen erhalten Zulagen, 2 je 1,40 Mk. und eine Kollegin 1 Mk., alle anderen Kolleginnen vierteljährlich 50 Pf. aufgebessert. Wenn auch damit der Tarif nicht vollständig eingeführt ist, so können wir doch mit dem Erfolg vorläufig zufrieden sein.

Leider war es uns bis jetzt noch nicht möglich, auch bei anderen Firmen in derselben Weise vorzugehen. Schuld daran ist das indifferente Verhalten der Kollegen und Kolleginnen. So bei der Firma Zebert's Nachf. in Ludwigshafen. Hier war bis jetzt alle Mühe vergebens. Es gibt dort Kollegen, die glauben, es ihrem Chef nicht antun zu können, sich dem Verbands anzuschließen und die Einführung des Tarifes zu verlangen. Sie haben ihrer Ansicht nach Lebensstellung und sind stolz darauf, unentgeltlich Ueberstunden machen zu dürfen. Hoffentlich wird auch bei diesen Kollegen sich bald eine andere Ansicht Bahn brechen, um dann gemeinschaftlich mit den bei der Firma organisierten Kollegen die Einführung des Tarifes zu verlangen. Auch bei der Buchdruckerei Bauer in Ludwigshafen war es nicht möglich, die zehn dort beschäftigten Kolleginnen zu organisieren und somit dem Tarif Geltung zu verschaffen. Trotzdem die Firma den Tarif anerkannte, hält sie ihn nicht ein. Die Kolleginnen in ihrer Gleichgültigkeit sind hier in erster Linie schuld daran. Leider tritt hier der Geschäftsführer, der organisierte Buchdrucker und das sozialdemokratische Gemeinderatsmitglied Horlacher, der Organisation hindernd entgegen. Wir werden uns das Verhalten dieses Herrn merken und zur gegebenen Zeit ihm Harmdamen, daß man von anständigen Leuten mehr verlangt. Geschenkt wird Ihnen also nichts, Herr Horlacher.

Sonderbar berührt uns auch das Verhalten der parteigenössigen Buchbindermeister, der Herren J. Schud-Mannheim und W. Baltauf-Ludwigshafen, die ihre Arbeiten für die Parteibuchereien und Gewerkschaften von unorganisierten Kollegen anfertigen lassen, trotzdem sie genau wissen dürften, wo sie sich hinzuwenden haben, wenn sie einen Gehilfen brauchen. Hoffentlich wird dieser Wink genügen.

Erfreulich ist es, daß der Verbandsvorstand sich einmal mit der Lehrlingsfrage befaßt hat. Es ist dringend nötig, daß die Organisation sich nicht nur um die Organisierung der jungen ausgeleiteten Kollegen bekümmert, sondern auch um die Ausbildung derselben. In Mannheim-Ludwigshafen hat die Lehrlingsausbildung schon die sonderbarsten Blüten gezeitigt. Den Herren Prinzipalen scheint zum Buchbinder eben jeder gut genug zu sein. Sie scheinen das Handwerk ziemlich tief einzufächeln. Es wird da alles zum Buchbinder gemacht; wenn auch so ein armer Teufel nachher nicht fähig ist, im Beruf zu arbeiten und Steine Hopfen geben muß, wie es tatsächlich hier der Fall ist. Selbstredend erhalten die jungen Leute, wenn sie drei Jahre als Hausbursche oder sonst was gelernt haben, von der Innung das Patent als Buchbindergehilfe mit den besten Noten und können dann nicht einmal einen Bogen Papier richtig falzen; das müssen doch sonderbare Prüfungsmeister sein, die sich so ihrer Verantwortlichkeit bemächtigt sind. Bei Lohnbewegungen heißt es dann nachher: „Ja, die Gehilfen können heutzutage nichts mehr.“ Das sagen dann dieselben Leute, die ihre Lehrlinge um die 3 Lehrjahre betrogen haben, die ihnen alles mögliche gelernt haben, nur das Handwerk nicht. Hoffentlich wird sich die Innung der Lehrlingsausbildung etwas mehr annehmen, anderenfalls werden wir den Herren Meistern die Verantwortlichkeit, die sie mit der Lehrlingsausbildung übernehmen, ein wenig einfächeln und ein anderes Wort reden. Material steht uns genug zur Verfügung.

**Rathenow.** Die Zahlstelle hielt am 27. August ihre Monatsversammlung ab, die leider nur schwach besucht war. Nachdem Wuffe den Kartellbericht gegeben hatte, sprach Krüger über: „Die Ausdehnung der Frauen- und Mädchenarbeit in unserer Branche.“ Innerhalb vier Jahren hat sich die Zahl der weiblichen Arbeitskräfte um das vierfache vermehrt. Im Jahre 1905 wurden am Orte nur 20, während jetzt etwa 90 Arbeiterinnen in unserem Berufe beschäftigt werden. Die Zahl der Arbeiter hat sich in derselben Zeit nur wenig vermehrt, obwohl die Stuckfabrikation einen bedeutenden Aufschwung genommen hat. Verschiedene Neuheiten, wie Flechtstuis, werden jetzt angefertigt. Bei dieser Entwide-

lung werden in nicht allzu ferner Zeit auch hier am Orte die weiblichen Arbeitskräfte überwiegen. Dadurch erwächst uns schon jetzt die Pflicht, uns den Arbeiterinnen mehr zu nähern. Sie müssen der Organisation zugeführt und über die Verhältnisse unseres Berufes aufgeklärt werden, damit auch von ihnen unsere Versammlungen besser besucht werden. Es ist bezeichnend, daß von den 46 weiblichen Mitgliedern nicht eine zu dieser Versammlung gekommen ist. Hier müsse Wandel geschaffen werden. Kollege Stübgen beantragte, den kämpfenden Klassengenossen in Schweden 50 Mk. aus der Lokalkasse zu überweisen. Der Antrag wurde angenommen. Da viele Kollegen sich an der vom Verbandsvorstand ausgeschriebenen Extrasteuer nicht beteiligen, wurde beschlossen, eine solche für die Zahlstelle obligatorisch einzuführen. Es sollen künftig die männlichen Mitglieder alle 14 Tage und die weiblichen alle vier Wochen 10 Pf. entrichten. Die Feier unseres Stiftungsfestes findet am 23. Oktober statt. Nachdem der Vorsitzende zu reger Agitation für den Versammlungsbesuch aufgefordert hatte, schloß er die Versammlung.

**Annaberg-Buchholz.** In der Versammlung am 28. August referierte Genosse Herrmann über: „Das Krankenkaswesen und die Reichsversicherungsordnung“. Die zwei Stunden währenden Ausführungen fanden allgemeinen Beifall. Der Kartellbericht wurde vom Kollegen Schneider erstattet. Vom Bevollmächtigten wurde auf die am 10. September abzuhaltende Mitgliederversammlung aufmerksam gemacht; in derselben wird der Verbandsvorsitzende Kollege Kloth einen Vortrag halten. Der 19. September ist für das Gewerkschaftssommerfest bestimmt. Unser diesjähriges Stiftungsfest findet am 26. September im „Schützenhaus“ zu Annaberg statt. Eine rege Beteiligung an den Veranstaltungen wird erwartet. Ein unseren Verhältnissen entsprechender Beitrag wurde für die kämpfende schweidische Arbeiterschaft bewilligt. Der stellvertretende Vorsitzende forderte die Kollegen auf, geschlossen für die Gewerkschaftskartelliste zur Krankenkaservertreterwahl zu stimmen. Leider muß zum Schluß noch der schwache Versammlungsbesuch gerügt werden; die Versammlungen werden abgehalten zur Aussprache und Mitarbeit und sind nicht zum Schwänzen da.

**Rundschau.**

**Gewerkschaftliche Rundschau.** Umfangreiche Lohnbewegung im Malergewerbe. Zu den am 31. Dezember 1909 ablaufenden Tarifverträgen und den in Aussicht genommenen Verhandlungen für den Abschluß eines Normaltarifvertrages über Deutschland haben 238 Zahlstellen des Verbandes der Malergehilfen Forderungen gestellt. Diese sind in tabellarischer Form zusammengestellt und in einer gedruckten Broschüre vom Vorstand dem Hauptverband deutscher Arbeitgeberverbände eingereicht: Für die Lohnbewegung kommen 32 736 Mitglieder in Frage, während die übrigen 8-9000 Mitglieder sich auf Orte verteilen, wo der Arbeitgeberverband noch keinen Fuß fassen konnte, oder sie werden in Fabrik-Ladierbetrieben und Schiffswerften beschäftigt. Bei dieser Lohnbewegung kommen 42 Orte in Frage, die bereits im vorigen Jahre einer Verlängerung des Tarifvertrages zugestimmt und so seit 4 Jahren eine Aufbesserung des Lohnes nicht erhalten haben.

Die Verkürzung der Arbeitszeit wird in 161 Orten gefordert und zwar wie folgt: 4 Orte um täglich eine Viertelstunde, 126 Orte um täglich ½ Stunde, 30 Orte um je eine Stunde und ein Ort um 1½ Stunden. Die Orte Berlin, Hamburg und Bremen verlangen die 8½stündige Arbeitszeit, während es sich in allen übrigen Orten um die neunstündige und 9½stündige Arbeitszeit handelt.

Die Erhöhung des Stundenlohnes wird in 231 Orten verlangt, durchschnittlich eine 10prozentige Aufbesserung. Die Tarifdauer auf drei Jahre ist eine ziemlich einheitliche Forderung aller Orte.

Die Hoffnung auf eine friedliche Verständigung zwischen den Organisationen ist nur gering, da bereits der Arbeitgeberverband auf dem Malertage in Dresden sich gegen jegliche Lohnaufbesserung ausgesprochen hat. Streiks oder eine größere Aussperrung im kommenden Frühjahr sind daher für das Malergewerbe nicht ausgeschlossen.

Der **Wohlfahrt** der Kämpfer in Königsberg i. Pr. ist ein klassisches Beispiel dafür, wie schädigend gerade auf wirtschaftlichem Gebiete die Uneinigkeit der Arbeiter wirkt und wie notwendig eine einheitliche Gewerkschaftsorganisation ist. Er dauert bereits volle acht Monate und daß er noch nicht sein Ende erreicht hat, liegt vor allem an dem Verrat der Kirch-Dumckerden, die früher zumeist bei der gesperkten Firma Bonn beschäftigt waren, und vor dem Beginn des Abwehrkampfes, der am 1. Januar d. J. seinen Anfang

nahm, den reduzierten Tarif der Unternehmer anerkannt hatten.

Vor einiger Zeit glaubten die Kirche für die in der Klemme befindlichen Königsberger Kämpfer noch ein übriges tun zu müssen. Ihr Generalsekretär Lange erließ einen Aufruf, worin er die Mitglieder aufforderte, nach Königsberg zu gehen und ihren gegen die Verschlechterung ihrer Lebenslage kämpfenden Kollegen in den Rücken zu fallen. Hier zeigten aber die Arbeiter mehr Klassenbewußtsein, als ihr „Führer“. Es folgten der menschenfreundlichen Einladung ihres Sekretärs nicht. Auch sonst leidet die Führung des Kampfes der Kämpfer in Königsberg darunter, daß sich die im Abwehrkampf Befindlichen wiederum noch in zwei Gruppen teilen, in Lokalkisten und Zentralisten. Man befolgt die Taktik, bei den Unternehmern, die am meisten im Druck sind und folglich den alten Tarif bewilligen, die Arbeit aufzunehmen. Dadurch zieht sich der Kampf sehr in die Länge. Auf die Vorschläge der Zentralisten, zur schnelleren Erledigung des Kampfes bei günstiger Gelegenheit den Generalstreik zu proklamieren, gehen wieder die in Königsberg sich in der Mehrheit befindenden Lokalkisten nicht ein. So wogt nun der Kampf immer noch unentschieden hin und her.

Bei der Firma Schneider u. Willing in Frankenhäusern am Pfiffhäuser sind die Knopfmacher erneut in Ausstand getreten, weil die Firma die vor etwa sechs Wochen nach neunwöchentlichem Streik vereinbarten Friedensbedingungen gebrochen hat. — Der Streik der Scheibentöpfer in Bischofswerda ist durch die Uneinigkeit der Arbeiter verloren gegangen. — Die Lohnbewegung in der Nordhäuser Zigarrenindustrie ist zugunsten der Arbeiterschaft beendet, da in allen Betrieben eine Einigung erzielt worden ist.

Eine Konferenz der sächsischen Gewerkschaftskartelle findet am 26. September in Dresden statt. Dieselbe bezweckt die Förderung der gewerkschaftlichen Agitation in Sachsen, insbesondere unter den Hausangestellten sowie den Land-, Wald- und Weinbergarbeitern und wird sich außerdem mit den Fragen des Arbeiterschutzes, der Zentralisierung der Arbeitsnachweise und Errichtung kommunaler Arbeitsnachweise, der Arbeitslosenfürsorge durch Staat und Gemeinde sowie mit der Handhabung des Reichsvereinsgesetzes durch die sächsischen Behörden beschäftigen.

**Der Verband der Freizeugehilfen Deutschlands** konnte im August dieses Jahres auf ein zwanzigjähriges Bestehen zurückblicken. So wie er hatte keine andere gewerkschaftliche Organisation um ihre Existenz und Ausbreitung zu kämpfen, denn in keinem anderen Gewerbe hat sich der allen gewerkschaftlichen Bestrebungen feindlich gegenüberstehende Jungfugebanke so bis in die neueste Zeit hinein zu konservieren vermocht, als im Barbier- und Freizeuggewerbe. Dazu kommt, daß die Hilfsenschaft in Hunderttausenden von Kleinbetrieben zerstreut ist, was die Werbearbeit für den Verband ebenfalls schwieriger und weniger erfolgreich gestaltet, wie in anderen Berufen. Dies alles berücksichtigt, so kann die, allerdings zur Gesamtzahl der Berufsangehörigen in keinem Verhältnis stehende Mitgliederzahl von circa 2000 doch mit Genugtuung erfüllen. Auch hinsichtlich der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Freizeugehilfen hat der Verband erfolgreich gewirkt. Und Erwerbslosen sind um so höher zu bewerten, je mühsamer sie erreicht werden konnten. Längst überwunden sind die geradezu trostlosen Zustände, die noch gegen Ende der achtziger Jahre anzutreffen waren, von denen sich die heutige Generation kaum eine Vorstellung zu machen vermag, wo selbst in der Großstadt der Freizeugehilfe für 3,50 bis 5 Mk. bei Kost und Logis die Woche des Wochentags und Sonntags von 6 Uhr morgens bis nach 10 Uhr nachts, Sonnabends bis 12 und 1 Uhr, zu arbeiten hatte. So kann denn der Verband der Freizeugehilfen mit nicht geringem Stolz auf die 20 Jahre seiner mühevollen Tätigkeit zurückblicken.

**Einer der Musterbetriebe.** Ein Arbeiter der Werkstätten der sächsischen Staatsbahnen in Leipzig-Engelsdorf war plötzlich aus dem Dienste der Eisenbahnverwaltung ohne Angabe von Gründen entlassen worden. Da er sich zu unrecht entlassen glaubte, wandte er sich mit einem Gesuch um Wiedereinstellung an die Generaldirektion, worauf er folgendes Schreiben erhielt:

„Dresden, am 24. Juli 1909.  
Auf das Gesuch vom 21. d. M. hat die Kgl. Generaldirektion zunächst festzustellen, daß der Grund, der dazu geführt hat, Ihnen den Dienst bei der Staatseisenbahnverwaltung zu kündigen, keineswegs in Ihrer Tätigkeit als Mitglied des Arbeiterausschusses zu suchen ist.

Vielmehr ist die Kgl. Generaldirektion nach längerer Beobachtung zu der auch jetzt noch nicht er-

schütterten Ueberzeugung gelangt, daß sie dem Hamburger Verband oder dem Transportarbeiterverband angehört und ihn unterstützt haben.

Jedem eine Einzelperson zu nennen, ist die Kgl. Generaldirektion nicht in der Lage. Die ausgesprochene Dienstkündigung muß aufrechterhalten bleiben.“ Kirchbach.

Die Betueuerung der Generaldirektion, die Entlassung sei nicht wegen der Tätigkeit als Mitglied des Arbeiterausschusses erfolgt, ist zu verstehen, da der Generaldirektion der sächsischen Staatsbahnen ein solcher Entlassungsgrund besonders unangenehm ist, denn als Teil des Staates selbst darf man sich beileibe nicht den Anschein geben, als wenn man die für die Eisenbahnarbeiter geschaffenen legalen Einrichtungen, worin sie ihre Interessen wahrnehmen sollen, dadurch illusorisch macht, daß man die Arbeitervertreter in diesen Einrichtungen, wenn sie ihre Vertretung ernst nehmen, aufs Pfaster wirft und maßregelt. Darum stellt die Generaldirektion auch diesmal fest, daß der Grund der Entlassung nicht in der Tätigkeit als Arbeitervertreter zu suchen sei.

Doch die Tatsache, daß es immer und immer wieder Arbeitervertreter sind, die von den Maßregelungen betroffen werden, läßt die Betueuerung der Generaldirektion selbst den Leipziger-Engelsdorfer Werkstättenarbeitern nicht als glaubhaft erscheinen. Daß sie den Grund für die plötzliche Entlassung ihrer Kollegen nur in deren Eigenschaft als Arbeitervertreter sehen, bewiesen sie durch ihre Wahlbeteiligung und Stimmzettelaßgabe bei den am 10. August vorgenommenen Ersatzwahlen zur Arbeiterpensionskasse. Von 700 Arbeitern gingen nur 240 zur Urne und diese gaben dort noch größtenteils weiche und ungültige Stimmzettel ab, so daß das Resultat war, daß der Vertreter mit 16 Stimmen und der Ersatzmann mit 12 Stimmen gewählt wurde. Eine bessere Antwort auf ihre Betueuerung in vorstehendem Schreiben, der Grund der Entlassung sei nicht in der Tätigkeit als Arbeitervertreter zu suchen, konnte die Generaldirektion nicht bekommen, denn durch ihr Verhalten bei dieser Wahl brüden die Leipziger-Engelsdorfer Werkstättenarbeiter Har und deutlich aus, daß sie nicht mehr gewillt sind, ihre besten Kollegen durch die Wahl zum Arbeitervertreter aufs Pfaster zu bringen und Wahlfahrtseinrichtungen für sie keinen Wert mehr haben, in welchen man die Fürsprecher für die Wahrung der Arbeiterinteressen maßregelt.

Ob die Generaldirektion den Wink verstehen und die richtige Lehre daraus ziehen oder ob sie unter den Arbeitern nach neuen Opfern suchen wird, wollen wir abwarten. Bald hat sie den Zustand durch die Maßregelungen herbeigeführt, wo sie sich die Arbeitervertreter zu ihren Arbeitervertreter- und Wohlfahrtseinrichtungen selbst ernennen kann, weil die Arbeiter keine mehr wählen; dann kann sie sich diejenigen Vertreter herausuchen, die sie sich wünscht.

a. r. **Der Entwurf der Reichsversicherungsordnung** hat die Feuerprobe der öffentlichen Kritik sehr schlecht bestanden. Alle Körperschaften, die dazu Stellung genommen haben, haben sich in der Hauptsache ablehnend zu ihm verhalten. Selbst die Christlichen haben auf ihrem kürzlich abgehaltenen Kongress die grundsätzlichen Bestimmungen verworfen. Auch sie hegen die Befürchtung, daß mit der Halbierung der Beiträge und damit des Stimmrechts die Klassen der Erstarrung zugeführt werden. Wichtig aber war die Kritik, die der Entwurf auf der jüngst tagenden Generalversammlung des Zentralverbandes deutscher Ortskrankenkassen in Bremen erfuhr. Dort war es namentlich ein Professor des öffentlichen Rechts, Dr. Stier-Somlo aus Bonn, der zum Kampfe aufrief gegen den Entwurf, der die gesunde Entwicklung der Nation gefährdet.

Wer aber gehofft hat, die Reichsregierung werde nunmehr in sich gehen und die verunglückte Vorlage auf sich beruhen lassen, der hat sich geirrt. Der Geheimen Regierungsrat Dr. Düttmann, einer der Mitverfasser des Entwurfs, teilt soeben mit, daß der Gesetzentwurf von den zuständigen Bundesratsausschüssen durchberaten und in seinen grundlegenden Bestimmungen angenommen worden ist. Der Bundesrat will also die beispiellose Entredung der deutschen Arbeiterschaft wagen! Nach den Angaben Düttmanns hat der Bundesrat nur in Einzelheiten Änderungen, zum Teil tiefeingreifender Art, vorgenommen. Ein besonderer Redaktionsausschuß soll die Beschlüsse in die Vorlage hineinarbeiten. Wenn auch den Einzelregierungen Zeit gelassen werden müsse, so dem abgeänderten Entwurf Stellung zu nehmen, so dürfe doch erwartet werden, daß der Entwurf dem Reichstag, wenn nicht gleich bei seinem Zusammentritt, so doch bald nachher zugehen werde. Die möglichst baldige Ein-



bringung sei deshalb dringlich, weil die zur Ein-  
führung der Sinterbliebenverordnung gestellte  
Frift (1. April 1910) abläuft, ihre Verlängerung  
beim Reichstag aber nicht beantragt werden könne,  
solange ihm nicht der Entwurf der Reichsversiche-  
rungsordnung in seiner neuesten Fassung vorgelegt  
ist. Dieser Grund ist in Wahrheit kein Grund. Es  
stünde gar nichts im Wege, die Frift um ein Jahr  
zu verlängern, wenn dadurch gründlichere und  
wertvollere Arbeit gewonnen werden könnte. Um  
die Beratung dieses Gegenstandes zu beschleunigen,  
soll dem Reichstag die Novelle zur Gewerbe-  
ordnung und das Arbeitskammer-  
gesetz nicht wieder vorgelegt werden.  
Bekanntlich haben diese beiden Vorlagen mit den  
Enden Arbeiterjahrgang und echter Arbeiterber-  
treter, das die Reichstagskommissionen hinein-  
gearbeitet haben, das Unglück gehabt, dem Zentral-  
verband deutscher Industrieller zu mißfallen. Und  
Herr v. Bethmann Hollweg hat ja nun den  
Arbeitern Verschwiegenheit und Rücksicht auf das Ge-  
samtinteresse gepredigt. So würden die Scharf-  
macher ein paar Fliegen mit einer Klappe treffen.

Darum ist es sehr wahrscheinlich, daß diese Ab-  
sichten tatsächlich bestehen. Man will vielleicht eine  
überreife Beratung durchdrücken, um die Sache noch  
rechtzeitig, d. h. vor den nächsten Reichstagswahlen,  
„in Ordnung zu bringen“. Denn vor diesen hat  
man große Wange. Zusammen mit der großen  
nationalen Tat der Finanzreform würde das Ent-  
rechtungs-gesetz sicher ein gutes Wahlmaterial ab-  
geben. Aber wichtiger ist es, daß, wenn möglich, die  
Entrechtung verhindert wird. Die Ar-  
beiterschaft muß daher auf dem Posten sein und die  
Augen offen halten.

Die Quittungskarten der Invalidenversicherung  
als Ersatz der schwarzen Liste. In neuerer Zeit  
mehrten sich die Fälle, daß die Invalidenkarten zur  
Kennzeichnung der Arbeiter mißbraucht werden. Der  
Anfang wurde 1907 bei der Aussperrung im Ver-  
ein der Baugewerke gemacht. Der Arbeitgeber-  
bund erließ öffentlich an alle Baugewerbetreibenden  
die Bitte, aus dem Streikgebiet kommende Leute  
nicht einzustellen oder, falls es schon geschehen sein  
sollte, sie sofort wieder zu entlassen. Wörtlich heißt  
es weiter, daß „die Herstellung und Verwendung so  
umfangreicher Listen streikender Arbeiter, wie sie  
für den vorliegenden Fall erforderlich sein würden,  
sich nicht ermöglichen läßt und auch nicht notwendig  
erscheint, weil die Herkunft der Leute an der Hand  
der Quittungskarte für die Invalidenversicherung  
geprüft werden kann.“ Dieses Vorgehen hat seit-  
dem, nicht nur im Baugewerbe, viel Nachahmung  
gefunden. Erst in den letzten Tagen erließ anläßlich

eines Maurerstreiks in Würzen der dortige Ar-  
beitgeberverband für das Baugewerbe in einer Reihe  
Zeitungen die Aufforderung, keinen der Streikenden  
in Beschäftigung zu nehmen. Als Kenn-  
zeichen diene die Quittungskarte.

Diese Verwendung der Quittungskarte zur  
Aussperrung ihres Inhabers verstößt zweifellos  
gegen die Absicht des Gesetzes. Im § 139 N.-V.-G.  
heißt es: „Die Eintragung eines Urteils über die  
Führung oder die Leistungen des Inhabers sowie  
sonstige durch dieses Gesetz nicht vorgeordnete Ein-  
tragungen oder Vermerke in oder an der Quittungs-  
karte sind unzulässig. Quittungskarten, in welchen  
derartige Eintragungen oder Vermerke sich vor-  
finden, sind von jeder Behörde, welcher sie zugehen,  
einzubehalten.“ Und § 148 bestimmt: „Wer in  
Quittungskarten Eintragungen oder Vermerke  
macht, welche nach § 139 unzulässig sind... kann...  
mit Geldstrafe bis zu 20 Mk. belegt werden. Sind  
die Eintragungen, Vermerke oder Veränderungen in  
der Absicht gemacht worden, den Inhaber der  
Quittungskarte anderen Arbeitgebern  
gegenüber zu kennzeichnen, so tritt Geld-  
strafe bis zu 2000 Mk. oder Gefängnis bis zu  
6 Monaten ein.“

Wenn nun auch in unserem Falle Vermerke  
oder sonstige Veränderungen der Karte keine Rolle  
spielen, so handelt es sich doch zweifellos um eine  
mißbräuchliche Verwendung der Quittungskarte, wie  
sie das Gesetz mit den angeführten Verbot- und  
Strafbestimmungen hat treffen wollen. Die Karten  
sollen nur der Versicherung, d. h. dem Interesse des  
Arbeiters dienen, nicht als Kampfmittel gegen ihn  
verwendet werden. Gerade, um dem sehr regen  
Mißtrauen der Arbeiter, denen die Erinnerung an  
die alten Arbeitsbücher noch nicht verschwunden  
war, den Boden zu entziehen, hat man diese Vor-  
schriften in das Gesetz aufgenommen. In gleichem  
Sinne spricht sich das Mitglied des Reichsversiche-  
rungsamts Regierungsrat Dr. Wehmann in  
seinem Kommentar zum Gesetze aus: „Zweck der  
Bestimmung des § 139 ist, zu verhindern, daß der  
Inhaber der Karte in irgend einer Weise ge-  
kennzeichnet werde.“ Sollten die Aufforderungen  
der Unternehmerverbände daher selbst nicht gegen  
den Buchstaben des Gesetzes verstößen (bei dessen  
Erlaß dachte man offenbar an diese Möglichkeit des  
Mißbrauches der Karte nicht), so verstößen sie  
zweifellos gegen den humanen Willen des Gesetzes  
und damit gegen die guten Sitten, die ja sonst  
im Munde von Unternehmern und Behörden eine  
große Rolle spielen. Ein Versuch, auf Grund des  
Bürgerlichen Gesetzbuches Schadensersatz für eine  
solche Verhöhnung des gesetzgeberischen Willens zu

fordern, muß durchaus als aussichtslos angesehen  
werden.

Jedenfalls zeigt der Trick der Unternehmer, daß  
die jetzige Fassung des Gesetzes nicht instande ist,  
den Willen des Gesetzes genügend zur Geltung zu  
bringen, also abänderungsbedürftig ist. Leider aber  
bringt die Fassung der Reichsversicherungsordnung  
auch hier keine Verbesserung. Die in Be-  
tracht kommenden §§ 1488 und 1543 decken sich  
wörtlich mit den mitgeteilten Bestimmungen des In-  
validenversicherungsgesetzes. Eine Verbesserung ist  
aber unbedingt notwendig, schon zum Schutze der  
unbeteiligten Arbeiter. Das rigorose Vor-  
gehen der Unternehmer trifft auch eine ganze An-  
zahl „unschuldiger“ Arbeiter, die mit den Lohn-  
kämpfen gar nichts zu tun haben. Die auf der  
Quittungskarte bezeichnete Ausgabestelle (Polizei-  
behörde oder Krankenkasse) ist kein vollgültiger Be-  
weis für die Herkunft der betr. Arbeiter aus dem  
Streikgebiet, noch viel weniger natürlich die auf den  
Karten aufgedruckte Versicherungsanstalt. Trägt die  
Quittungskarte nicht das jüngste Datum zur Be-  
zeichnung des Ausstellungstages, so kann der Ver-  
sicherte inzwischen bei ganz anderen Arbeitgebern  
und an anderen Orten beschäftigt gewesen sein. Der  
Besitz der Versicherungsanstalt, die auf den Karten  
vermerkt ist — abgesehen von der Landes-  
versicherungsanstalt Berlin —, ist so groß, daß die  
Marke erst recht keine Auskunft über den letzten Be-  
schäftigungsort gibt. Die Maßnahmen der Unter-  
nehmerverbände führen daher auch zu großer Ver-  
wirrung. Jedenfalls sind sie dem Willen des Ge-  
setzes derart zuwider, daß ein zweifelloses Verbot  
bei erster Gelegenheit solche Nachschaffungen aus-  
schließen muß.

**Adressenänderungen.**

**Dortliche Bevollmächtigte.**

Mainz: S. Gerbracht, Frauenlobstr. 71 M p.  
Lüdenscheid (Westf.): Max Scholz, Königsstr. 20.

**Briefkasten.**

S. D. in D. Wenn möglich, in nächster Nummer.  
A. S. in B. Der nach Redaktionsschluss eingegangene  
Bericht enthält nichts Positives, nach ihm hat, was  
nicht anzunehmen ist, die Versammlung trotz der  
vielen Beschwerden keinerlei Beschlüsse gefaßt. Es  
geht also dem Allgemeininteresse nichts verloren,  
wenn ich den Bericht der schon vor mehr als drei  
Wochen stattgefundenen Versammlung nicht mehr  
aufnehme.

**ANZEIGEN**

**Zahlstelle Hamburg-Altona.**  
Im Alter von 28 Jahren starb plötz-  
lich und unerwartet unser Mitglied  
**Ida Hammer**  
Ehre ihrem Andenken!  
Die Ortsverwaltung.

**Papier- und  
Spielwarengeschäft,**  
1000 Mk., verkauft Familienverhältnisse-  
halb. **Böer, Berlin, Caprivistr. 28.**

**Paul Szigris**  
Marmorierlehrer.  
**Spezial-Marmorierfarben-Fabrik**  
mit elektr. Betrieb.  
Weltbek. Marmorierfarb. aus feinst. Pflanzenfarbstoff.  
Sämtl. Marmorierentwürfen Schmittfarben zu färben.  
**Carageenmoos.**  
Telephon 10783. Leipzig, Calstr. 1.

Berlin! Sebastianstr. 42. Berlin!  
**Café-Restaurant**  
Berliner Kindl. Warme Küche.  
ff. Weißbier. Franz. Billard.  
Vereinszimmer.  
Es ladet ein **Max Schubert.**

Berlin. Berlin.  
Sonntag, den 19. September, nachmittags 4 Uhr:  
**Urania-Vorstellung**  
in der „Urania“, Scaudenstraße 48/49.  
Vortrag:  
**Die Erdbebenkatastrophe in Messina.**  
Billetts à 70 Pf., inkl. Garderobe, sind bei den Werk-  
studen-Vertrauenspersonen und im Bureau, Engel-Nfer 14/15,  
Zimmer 39/40, zu haben. Billetts, welche nicht verkauft werden,  
müssen spätestens am **Mittwoch, den 15. September**, zurück-  
gegeben werden, andernfalls gelten dieselben als verkauft und  
müssen demzufolge bezahlt werden.

**Voranzeige!** **Voranzeige!**  
Sonabend, den 16. Oktober, findet im Festsaale der  
Sappoldt-Brauerei unser diesjähriges  
**Stiftungs-Fest**  
statt. Mitwirkende Künstler: Frau Margarethe Walkotte,  
Fräulein Amalie Birnbaum, Violine, Herr Fritz Richard vom  
Deutschen Theater, Herr Bernhard Rißche, Klavier, Gesang-  
verein Liberté, Chormeister Herr Joseph.  
Die Ortsverwaltung.

**Zuschneider, tücht., f. Lütenfabr., sucht**  
H. Stoebe, Berlin, Straußbergerstr. 12.



**Buchbindereibedarf**  
Papier- u. Lederwaren  
Kostenfreier  
Arbeitsnachweis für Buchbinder  
**O. Th. Winckler, Leipzig**

**Inserate** finden nur  
Aufnahme  
wenn ihnen der Betrag  
beigefügt ist.